

Herbert Meißner

Zur Entwicklung der „Geschichte der politischen Ökonomie“ in der DDR – Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie –

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 11. Januar 2007¹

Vorbemerkung

Die Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR wurde nach der Wende wegen ihrer marxistischen Grundausrichtung von der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik generell negiert, die Akademie der Wissenschaften wurde im Widerspruch zum Einigungsvertrag liquidiert, die meisten Lehrstühle und andere Positionen an den Universitäten und Hochschulen wurden umbesetzt und insgesamt ein beachtliches geistiges Potential ungenutzt brachgelegt.

Es ist an der Zeit und durchaus gerechtfertigt, die sogenannten Evaluierungen auf einen wissenschaftlich fundierten Prüfstand zu stellen – auch wenn dies an den durch die Machtverhältnisse geschaffenen Fakten nichts ändert. Aber für die wissenschaftsgeschichtliche Forschung dürfte es nützlich sein, die Entfaltung einzelner Fachgebiete in der DDR kritisch zu durchleuchten, die Hemmnisse und Mängel dieser Entwicklung zu kennzeichnen, aber auch ihre wissenschaftlichen Leistungen zu verdeutlichen, weiterhin gültige Forschungsergebnisse zu benennen und dies theoretisch sauber zu begründen und darzustellen.

Zunehmendes Interesse an der Aufhellung wissenschaftsgeschichtlicher Entwicklungen in der DDR zeigt sich neben anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen auch an den seit 1999 regelmäßig stattfindenden, von Clemens Burrichter geleiteten Kolloquien zur Wissenschaftsgeschichte der DDR in Helenenau. Im 2. Band der auf der Grundlage dieser Veranstaltungen herausgegebenen „Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte“ stellt Andreas Malycha zu Recht fest: „Noch immer steht eine zeitgeschicht-

1 Aus Anlass des 80. Geburtstages des Autors am 16. Mai 2007 veröffentlichen wir die erweiterte Fassung seines Vortrags ungekürzt. Die Redaktion

liche Darstellung der Wissenschaftsentwicklung in der DDR aus, die sich auch den Erkenntnisprodukten der DDR-Wissenschaften widmet und diese kritisch analysiert“ (S. 183/184). Rolf Löther bestätigt in einer Rezension des genannten Bandes: „Die Geschichte der DDR-Wissenschaften erfährt zu Unrecht wenig Aufmerksamkeit, ob in den Medien oder als Forschungsgegenstand an Institutionen.“

Für die Soziologie hat Helmut Steiner die Entwicklungslinien auf dem Kolloquium aus Anlass seines 70. Geburtstages überzeugend nachgezeichnet². Die vorstehende Studie versucht dies für ein Fachgebiet, welches in der DDR bis in die 60ziger Jahre unter der Bezeichnung „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“ und dann als „Geschichte der politischen Ökonomie“ betrieben wurde.

1. Gestaltung der Hochschullehre

Unter der traditionellen Bezeichnung „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“ wurde das Fach zunächst an der Humboldt Universität Berlin von Jürgen Kuczynski, an der Universität Leipzig von Fritz Behrens und an der Universität Halle-Wittenberg von Gerhard Bondi vertreten.

Auch an der Akademie der Wissenschaften wurde in dem am 29. April 1954 gegründeten Institut für Wirtschaftswissenschaften eine Abteilung „Geschichte der ökonomischen Lehren“ unter Leitung von Rudolf Agricola installiert. Unter Federführung der Akademie wurde 1957 ein DDR-weiter Arbeitskreis gegründet, dem zwecks methodologischer Exaktheit sowie in der Tradition von David Ricardo und Karl Marx das Thema „Geschichte der politischen Ökonomie“ gegeben wurde. Diese Fachbezeichnung hat sich dann auch an den Universitäten der DDR durchgesetzt.

In diesen und den nachfolgenden Jahren wurde durch Ausbildung und gezielte Qualifizierung ein wissenschaftlicher Nachwuchs herangebildet, wodurch schrittweise eine Erweiterung der personellen Kapazität durch die Berufung neuer Dozenten und Professoren erfolgte. So wurde zunächst Ende der 50ziger Jahre das Fach vertreten durch Kurt Braunreuther an der Humboldt Universität Berlin, Rudhard Stollberg an der Martin-Luther-Universität Halle, Günter Fabiunke an der Universität Leipzig, Alfred Klein an der Universität Rostock, Herbert Meißner an der Hochschule für Ökonomie Berlin-

2 Helmut Steiner, Soziologie und Gesellschaft - ein widerspruchsvolles Verhältnis. Reflexionen zur deutsch-deutschen Soziologie-Entwicklung seit 1945. Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Papers 2006.

Karlshorst und später an der Akademie der Wissenschaften. Bis Ende der 60-er Jahre erweiterte sich dies durch Peter Thal an der Martin-Luther-Universität Halle, Rolf Sieber und Günter Hoell an der Hochschule für Ökonomie, Giesela Kahl an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Günter Krause an der Humboldt-Universität Berlin.

Dieses Wissenschaftsgebiet zum Gegenstand einer kritischen und selbstkritischen Analyse seiner Entwicklung zu machen, hat Vor- und Nachteile. Die Vorteile bestehen darin, dass es sich um ein klar abgegrenztes Gebiet handelt, dass es nicht zu umfangreich und deutlich überschaubar ist und dass sich auf diesem Terrain die in allen Gesellschaftswissenschaften aufgetretenen positiven wie negativen Aspekte widerspiegeln. In sofern kann es gewissermaßen als Modellfall gelten. Der Nachteil besteht jedoch darin, dass dieses Gebiet im System der Wissenschaften keine sehr gewichtige Stellung einnimmt (z. B. im Unterschied zur Philosophie) und dass es auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften nur ein – wenn auch unverzichtbarer – Teilbereich ist. Daher ist das Interesse an diesem Teil der Wissenschaftsentwicklung in der DDR sicher begrenzt. Dennoch ist auch dieser Mosaikstein nötig, um ein richtiges Gesamtbild zu erhalten.

Damit entsteht die Frage, weshalb diesem Fach eine wachsende Bedeutung zukam und weshalb dieses Wissenschaftsgebiet einer neuen Strukturierung und wissenschaftlichen Aufbereitung bedurfte. Das zunehmende Gewicht dieses Faches ergab sich aus dem Verständnis dessen, dass ein qualifizierter Wissenschaftler die Geschichte seiner Wissenschaft kennen muss. Es gibt wohl keinen Philosophen, der nicht die Geschichte der Philosophie kennt. Und es ist wohl auch für einen Naturwissenschaftler sinnvoll, die Geschichte der Naturwissenschaften zu überblicken. Dieser Aspekt wurde auch für die Wirtschaftswissenschaften zur Geltung gebracht.

Aber es ging nicht nur um die Kenntnis der Geschichte eines Fachgebietes. Es lag der methodologische Gesichtspunkt zugrunde, dass die historische Entwicklung einer Wissenschaft Wesentliches über Inhalt und Struktur, über Existenzbedingungen und Erkenntnisfortschritte dieser Wissenschaft aussagt und damit ihr unabdingbarer Bestandteil wird. Wissenschaftsgeschichte stellt eine selbständige und unverzichtbare Erkenntnisquelle dar.

Weshalb aber neue Strukturierung und wissenschaftliche Aufbereitung? Schließlich gab es bereits eine Reihe von Schriften zu diesem Thema von solch namhaften Ökonomen wie Joseph Alois Schumpeter und Edgar Salin, von Günter Schmölders und Gerhard Stavenhagen u. a. m.

Die bis dahin vorliegenden theoriegeschichtlichen Arbeiten dieser und anderer Autoren behandeln ihr Thema als eine Aneinanderreihung von geschichtlich aufgetretenen Theorien, Schulen und Richtungen. Damit wird Theoriegeschichte als ständiger Erkenntnisfortschritt betrachtet, der sich im rein Geistigen vollzieht. Noch stärker idealistisch zugespitzt hieß es bei Günter Schmölders: „Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre ist die Geschichte der Männer, die zur Erkenntnis volkswirtschaftlicher Probleme aus Eigenem entscheidend beigetragen haben.“³

Bei diesem Herangehen wird der Zusammenhang zwischen den sozialökonomischen Bedingungen eines Gesellschaftszustandes und den daraus entstehenden ökonomischen Auffassungen nicht sichtbar. Die komplizierte Widerspiegelung wirtschaftlicher Interessen in ökonomischen Theorien wird nicht erfasst. Eine historische Standortbestimmung ökonomischer Theorien auf der Grundlage des Entwicklungsstadiums einer Gesellschaft kann nicht erfolgen. Die Behandlung von Theoriegeschichte als rein ideengeschichtliche Entwicklung behindert auch die Unterscheidung zwischen wirklich wissenschaftlichen Erkenntnissen und vulgärökonomischer Apologetik.⁴

Diesen Dogmengeschichten war ein neuer theoretischer und methodologischer Ansatz gegenüberzustellen. Daher wurde für diesen Wissenschaftszweig eine Gegenstandsbestimmung erarbeitet, die die Grundlage für die Lehr- und Forschungsarbeit bot: „Der Gegenstand der Geschichte der politischen Ökonomie ist der Entwicklungsprozess ökonomischer Auffassungen als Ausdruck von Klasseninteressen und in Abhängigkeit vom jeweiligen Entwicklungsstand der Produktionsweisen.“⁵ Die Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit von Klasseninteressen, ihre Wandlungen mit der Entwicklung der Produktionsweisen und die Kompliziertheit der Vermittlung dessen in ökonomischen Theorien und wirtschaftspolitischen Konzepten sind dabei selbstverständlich inbegriffen. Es versteht sich auch von selbst, dass die in den vorliegenden dogmengeschichtlichen Arbeiten enthaltenen Faktensammlungen, Quellenmaterialien, Literaturstudien usw. kritisch ausgewertet und genutzt wurden. Dieses Herangehen an theoriegeschichtliche Arbeit bleibt

3 Günter Schmölders, *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, Wiesbaden 1961, S. 9; eine umfangreiche Zusammenstellung dieser Schriften erfolgte in: Herbert Meißner (Hrsg.), *Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus*, Berlin 1967, S. 652

4 Diese Überlegungen sind ausführlicher dargelegt in: *Geschichte der politischen Ökonomie (Grundriss)*, Berlin 1985, Hrsg. Herbert Meißner, S. 26-30

5 Herbert Meißner, *Gegenstand und Methode der Geschichte der politischen Ökonomie und Entstehung des ökonomischen Denkens*, in: *Wirtschaftswissenschaft* Nr. 8-1974, S. 1204

nach wie vor wissenschaftlich gültig, unabhängig davon, in welcher Wissenschaftslandschaft es erarbeitet wurde.

Zunächst ging es um die Gestaltung als Lehrgebiet. 1946 wurde Jürgen Kuczynski Professor für politische Ökonomie an der Humboldt-Universität Berlin und hielt erste Vorlesungen zu theoriegeschichtlichen Themen. In seiner 40-bändigen „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“, an der er seit 1940 in der englischen Emigration arbeitete, sind in vielen Bänden Darlegungen über das ökonomische Denken im jeweiligen Land und Zeitabschnitt enthalten. Dieses Werk fand weit über die Wirtschaftswissenschaft und -geschichte hinaus große Verbreitung, und die theoriegeschichtlichen Abschnitte bildeten auch eine bedeutsame Grundlage für den Aufbau des hier zu behandelnden Fachgebietes. Ein zusätzliches und besonderes Merkmal Kuczynskischen Denkens und Schreibens bestand darin, dass er die ökonomische Theorieentwicklung nicht nur mit den allgemeinen gesellschaftlichen Zeitläuften verband, sondern auch äußerst interessante Beziehungen, Parallelen und Berührungen mit der jeweiligen Literatur, Kunst und Philosophie herzustellen wusste.

Fritz Behrens übernahm 1946 den Lehrstuhl für politische Ökonomie und Statistik an der Universität Leipzig, hielt als erster in der DDR eine Vorlesungsreihe mit Seminaren über die 3 Bände des „Kapital“ von Marx und ging dabei auch auf theoriegeschichtliche Aspekte ein. 1948 veröffentlichte er „Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie“ und bot darin viel theoretisches und methodologisches Material. 1956 veröffentlichte er als Manuskript-Druck beim Akademie-Verlag einen „Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie“.

Als Fritz Behrens 1949 sein Buch „Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der ‚Wissenschaftlichen Apologetik des Kapitalismus‘“ veröffentlichte, war dies das erste Heft einer von ihm zusammen mit Werner Krauss, Albert Schreiner, Gerhard Harig und Walter Markov herausgegebenen Reihe „Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft“. Dieses Buch rief einen landesweit wirksamen wissenschaftspolitischen Konflikt hervor. Behrens legte eine seriöse Kritik der Grenznutzenschule vor, deren theoretische Substanz auch heute noch mit Gewinn zur Kenntnis genommen werden kann. Damals wurde sie aber in der DDR in zwei Richtungen kritisiert. Einmal wandte sich die Parteideologie dagegen, dass Behrens eine umfangreiche Argumentation aus der ersten marxistischen Analyse der Grenznutzenschule durch Nikolaj Bucharin in dessen Buch „Die politische Ökonomie des Rentners“ (1926) positiv zitierte. Aus heutiger Sicht ist erklärlich, dass sich die Wissen-

schaftspolitik der DDR 1949(!) nicht mit der sowjetischen Parteilinie anlegen wollte; denn Bucharin war in den berüchtigten Moskauer Prozessen 1938 verurteilt und hingerichtet worden. Aber gleichzeitig muss gesagt werden, dass schon damals Fritz Behrens und viele seiner Schüler - zu denen auch der Autor dieser Studie gehört - Bucharins Arbeit als wertvolles wissenschaftliches Werk betrachteten und seine Argumente in ihr eigenes theoretisches Denken aufnahmen.

Der zweite kritische Einwand gegen Behrens bestand in dem Vorwurf, die kapitalistische Apologetik von Gossen als 'wissenschaftlich' bezeichnet zu haben, obwohl dies in Anführungszeichen gesetzt war und nur gegen die vorherige Vulgärökonomie als neue Theoriebildung abgehoben werden sollte.⁶ Auf diesem Hintergrund entstand auch erstmalig eine Diskussion über „Objektivismus“.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die wertvollen Arbeiten von Jürgen Kuczynski und Fritz Behrens eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung des Fachgebietes Geschichte der politischen Ökonomie und für die Aus- und Weiterbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses waren.

Auf der Grundlage der Arbeiten von Kuczynski und Behrens wurde durch das damalige Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen ein Lehrprogramm für das Fachgebiet „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“ herausgegeben, das für alle wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen verbindlich war. Es beinhaltete den obligatorischen Besuch einer 45stündigen Vorlesung mit Zwischenprüfung im dritten Studienjahr. Später wurde unter der Leitung von Günter Fabiunke eine Fachgruppe „Geschichte der politischen Ökonomie“ im Rahmen des Beirates für Wirtschaftswissenschaften beim Ministerium für Hochschulwesen gebildet. Diese Fachgruppe übte eine inhaltlich koordinierende Funktion für das Lehrgebiet an allen wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen einschließlich Fernstudium aus. Bis zum Ende der DDR blieb das Fach in allen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen präsent, was im internationalen Maßstab ziemlich exzeptionell war.

Im Fach Geschichte der Politischen Ökonomie wurden auch an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, die gewissermaßen ein Zentrum für Ausländerausbildung war, jeweils über zwei Semester Spezialseminare und Vorlesungen für Studenten höherer Studienjahre und für Aspiranten aus

6 Vgl. Helmut Steiner, Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909-1980), in: Ich habe einige Dogmen angetastet... – Werk und Wirken von Fritz Behrens (Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums), Leipzig 1999, S. 13-32, bes. 18-20.

Südamerika, aus afrikanischen Ländern und aus dem Nahen Osten durchgeführt. Etliche Teilnehmer erhielten nach der Rückkehr in ihre Heimatländer dort leitende Positionen in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Und manche davon pflegten noch längere Zeit fachliche und freundschaftlich Kontakte zu ihren Berliner Lehrkräften

Unabhängig davon, ob man die theoretischen Grundlagen für den Aufbau dieses Fachgebietes akzeptiert oder nicht, ob man die dafür entwickelten Vorlesungsprogramme anerkennt oder nicht – der Auf- und Ausbau eines solchen Fachgebietes in dieser relativ kurzen Zeit, die Ausarbeitung und Veröffentlichung von Lehrbüchern⁷ und die Ausbildung der dafür erforderlichen Lehrkräfte an allen Universitäten und Hochschulen eines Staates ist eine wissenschaftspolitische Leistung, die vollen Respekt verdient.

2. Irrungen und Wirrungen

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass es bei der kritischen Analyse moderner Wirtschaftstheorien neben vielen richtigen Aussagen, die auch heute noch Gültigkeit haben, auch Einseitigkeiten, Vereinfachungen und Simplifizierungen gab, die in der wissenschaftlichen Arbeit keinen Platz haben dürfen. Solche Mängel traten auf zweierlei Weise in Erscheinung. Einmal bei der Behandlung des Zusammenhangs von wirtschaftlichen Interessen und wirtschaftlichen Theorien, bei der Widerspiegelung von Interessen des Kapitals in verschiedenen Wirtschaftstheorien. Dieser Zusammenhang ist sehr kompliziert, oft in sich widersprüchlich, wandelbar und über viele Zwischenglieder vermittelt. Dieser vielschichtige Widerspiegelungsprozess wurde mitunter nicht tiefgründig genug erkannt und dargestellt.

Dies war einerseits dem Stand der noch in der Entwicklung befindlichen theoriegeschichtlichen Forschung geschuldet, andererseits aber auch den politisch-ideologischen Vorgaben der wissenschaftsleitenden Organe, die zwecks ideologischer Erziehung der Studentenschaft in dieser Phase recht straff gehandhabt wurden. Dem lag die Auffassung zugrunde, dass eine tiefgehende Analyse nichtmarxistischer Theorien einschließlich korrekter Wiedergabe ihrer Struktur und Argumente schon bedeute, sie wissenschaftlich ernst zu nehmen. Dies führte Ende der 50-er und Anfang der 60-er Jahre zu

7 Rudhard Stollberg, *Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie* Berlin, 1960 Günter Fabiunke, Peter Thal, *Geschichte der politischen Ökonomie, Leitfaden*, Berlin 1976; Herbert Meißner (Hrsg.), *Geschichte der politischen Ökonomie, Grundriss*, Berlin 1978

einer Auseinandersetzung über „Objektivismus“ in den Gesellschaftswissenschaften der DDR.

Jedoch gab es schon zu diesem Zeitpunkt ernsthafte Bemühungen um Seriosität bei der Theorienkritik. So wurde das Buch von Robert Naumann⁸ über den Neoliberalismus vom Autor dieses Beitrags in einer kritischen Rezension in den Bereich von Agitation und Propaganda verwiesen.⁹ Da Robert Naumann Mitglied des ZK der SED und Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität war, hätte dies den Rezensenten beinahe zu Fall gebracht. In einer von Naumann veranlassten Parteiversammlung an der Hochschule für Ökonomie wurde der Rezensent als „Objektivist“ und Schüler des revisionismusverdächtigen Fritz Behrens klassifiziert. Da aber Eva Altmann und Helmut Koziol in der Hochschulleitung ernsthafte wissenschaftliche Arbeit von vordergründigem politischem Machtstreben gut zu unterscheiden wussten, blieb der Vorgang folgenlos.

In den 1960er Jahren wuchsen die Möglichkeiten, dass in der theoriekritischen Arbeit „viele Fragen in neuer Weise gestellt werden. Es ging dabei um das analytische Eindringen in die Gedankensysteme der bürgerlichen Theoretiker, um eine von Sachkenntnis getragene exakte Gegenargumentation, um eine sorgfältige Differenzierung zwischen den bürgerlichen Gelehrten mit ihren sehr verschiedenen politischen und geistigen Haltungen und auch um eine Differenzierung zwischen den Ansichten bestimmter Ökonomen zu verschiedenen theoretischen und politischen Fragen.“¹⁰ Diese Überlegungen zeigten trotz der genannten Mängel die Richtung an, in der sich die Theoriengeschichte in der DDR entwickelte.

Eine zweite Linie, auf der selbstkritische Betrachtung angesagt ist, sind die Passagen in der theoriehistorischen Literatur, in denen Aussagen über die Funktionsweise, die wirtschaftliche Situation und die Zukunftsperspektiven des Sozialismus in der DDR bzw. des Sozialismus insgesamt gemacht wurden. Aus der Überzeugung, dass im Sozialismus Humanismus und Friedenssicherung besser gewährleistet sind, dass die sozialistische Wirtschaft ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit erreichen lässt und dass sich diese Ordnung langfristig historisch durchsetzen wird, wurden Wunsch-

8 Robert Naumann, *Theorie und Praxis des Neoliberalismus*, Berlin 1957

9 Herbert Meißner, *Eine marxistische Kritik des Neoliberalismus*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Nr. 8-1957, S. 1241-1244

10 Herbert Meißner, *Zur Auseinandersetzung mit der modernen bürgerlichen Ökonomie*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, Nr. 9 – 1964, S. 1409

vorstellungen als Realität ausgegeben, gesellschaftliche Zusammenhänge idealisiert und Zukunftshoffnungen als Gesetzmäßigkeiten dargestellt.

Bei Aussagen über die sozialistische Ordnung wurde das wissenschaftliche Arbeitsprinzip ignoriert, die Richtigkeit theoretischer Thesen an der Praxis zu überprüfen. Stattdessen wurde das Ideal als wissenschaftlich geprüfte Wirklichkeit in die theoretische Argumentation eingeführt. Das ist auch nicht dadurch zu rechtfertigen, dass bei den entsprechenden Autoren ehrliche Überzeugung und beste Absicht zu Grunde lagen. Der Geschichtsverlauf hat inzwischen gezeigt, dass auch noch so gut gemeinte Absichten der harten Realität nicht widerstehen können.

Allerdings traten Entwicklungsschwierigkeiten nicht nur von Seiten der Wissenschaftspolitik auf. Auch unter Wissenschaftlern selbst gab es Irritationen. So wurden von einigen Kollegen aus den Gebieten der Kapitalismus- und Imperialismusforschung mehrfach Zweifel geäußert, ob die selbständige Analyse ökonomischer Theorien getrennt von der tiefgehenden Betrachtung ökonomischer Prozesse wissenschaftstheoretisch vertretbar sei. Hätte es eine solche Loslösung tatsächlich gegeben, so hätten die Skeptiker recht. Aber jeder ernsthafte Theorienhistoriker wusste und berücksichtigte natürlich, dass eine seriöse Theorienanalyse nur auf der Grundlage von Theorie und der Analyse von realen ökonomischen Prozessen möglich ist.

Das heißt allerdings nicht, dass die Prozessanalyse von den Theoriekritikern selbst vorgenommen werden muss. Für die Neuzeit bauten sie auf den Ergebnissen der Kapitalismus- und Imperialismusforschung auf und bei älteren Theorien auf den Arbeitsergebnissen der Historiker. Der Unterschied und damit eine gewisse Abgrenzung der Fachbereiche besteht eben darin, dass für die Prozessanalytiker und Historiker die Widerspiegelung in Theorien nicht zu ihrem Forschungsgegenstand gehört, während bei den Theorienhistorikern der Zusammenhang von realen gesellschaftlichen Prozessen und ihrer Widerspiegelung unverzichtbarer Bestandteil ihres Gegenstandes ist.

3. Forschungen zur älteren Theoriengeschichte

Die genannten Schwachpunkte theoriegeschichtlicher Forschung und Lehre haben sie nicht daran gehindert, in beachtlichem Umfang wissenschaftliche Leistungen zu erbringen, die ungeachtet ihrer Herkunft aus der DDR für die Wissenschaftsgeschichte von bleibender Bedeutung sind. Neben dem Aufbau des Lehrfaches und im Zusammenhag damit war der Ausbau der Forschungsarbeit die zweite Entwicklungsrichtung dieser Fachdisziplin in der DDR. So hat Günter Fabiunke als erster deutscher Theorienhistoriker eine umfassende

Arbeit über Martin Luthers ökonomisches Denken vorgelegt – und dies 20 Jahre vor dem „Luther-Jahr“ 1983 mit seinem 500. Geburtstag und seinen vielfältigen Veröffentlichungen.¹¹ Auf die diesbezüglichen umfangreichen Arbeitsergebnisse der Historiker kann in diesem Zusammenhang hier nur verwiesen werden.

Luther war der erste bedeutende Ökonom in Deutschland in der Entstehungsphase der bürgerlichen Ordnung und „der älteste deutsche Nationalökonom“ (Marx). Etliche Schriften von Marx und Engels enthalten Hinweise auf Luthers ökonomisches Denken.¹² Aber eine zusammenfassende Analyse von Luthers ökonomischer Denkweise im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen dieser Zeit gab es nicht. Selbst der Nestor theoriegeschichtlicher Forschung August Oncken hat in seiner Geschichte der Nationalökonomie (Leipzig 1902) zwar einige sozialökonomische Aspekte der frühbürgerlichen Revolution erwähnt, aber Luther nur auf drei Seiten (138, 146, 150) kurz genannt, was ihm in keiner Weise gerecht wird. In dem in Deutschland weit verbreiteten Standardwerk der französischen Ökonomen Charles Gide und Charles Rist „Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen“ (Jena 1923) fehlt Luther völlig. Das gleiche zeigt sich bei Gerhard Stavenhagen in seiner Geschichte der Wirtschaftstheorie (Göttingen 1957).

Soweit aber auf Luther Bezug genommen wurde, schrieb man ihm ausschließlich religiöse und ethische Gedanken zu. So in „Geschichte der Nationalökonomie“ von Paul Mombert (Jena 1927, Seite 97 ff.) oder bei E. Troeltsch in seinen gesammelten Schriften Band 1 (Tübingen 1912). Zugespitzt fasste Hans Wangemann dies in seiner Schrift über „Luther als Sprecher und Lenker der öffentlichen Meinung seiner Zeit in der Zinsfrage“ (Leipzig 1948) zusammen: „Luther war kein Nationalökonom; er ... dachte nicht einmal wirtschaftlich!“ (Seite 5), oder: „Luther dachte nicht wirtschaftlich, auch wenn er über wirtschaftliche Dinge sprach“ (Seite 47). Dass die nichtmarxistische Literatur eine tiefgehende Analyse von Luthers Denken nicht vorlegte, liegt an ihrer ideengeschichtlichen Herangehensweise. Sie behindert die Erkenntnis, dass Luthers theologisch motivierte Polemik gegen die römische Kirche, den klerikalen Parasitismus, den Ablasshandel und andere Praktiken des Vatikans in engem Zusammenhang steht mit seiner Hervorhebung menschlicher Arbeit und ihrer Gleichheit, mit Erkenntnissen über Geld, Zins und Wucher, über den Handelsprofit u. a. m. Dass Luthers religi-

11 Günter Fabiunke, Martin Luther als Nationalökonom, Berlin 1963

12 Zusammengestellt in: Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 319

öse Auseinandersetzung mit der feudalklerikalen Ordnung zu tiefgehenden Einsichten in Grundkategorien der entstehenden kapitalistischen Produktion führte, ist der Hintergrund, auf dem Fabiunke ihn als deutschen Vorläufer der klassischen englischen politischen Ökonomie erkennbar machte.

Von Bedeutung sind auch die Untersuchungen über die wirtschaftspolitischen Aktivitäten und theoretischen Arbeiten des deutschen Nationalökonom Friedrich List. In der Schrift „Zur historischen Rolle des deutschen Nationalökonom Friedrich List“ (Berlin 1955) schuf Günter Fabiunke die Grundlagen für eine ausgewogene Bewertung von List. Es ging dabei einerseits um die Anerkennung seines Beitrages zur Entwicklung eines nationalstaatlichen deutschen Wirtschaftsgebietes, andererseits um die Einordnung von List als Begründer der Wirtschaftsstufentheorie, als Vorläufer der deutschen historischen Schule und als Gegner der klassischen englischen politischen Ökonomie. Diese Forschung wurde weitergeführt im Zusammenhang mit der von Fabiunke besorgten Ausgaben von List's „Das natürliche System der politischen Ökonomie“ (Berlin 1967) und der von ihm verfassten Einleitung. Mit Recht konnte Werner Krause feststellen: „Seit Mitte der 50-er Jahre ist in der DDR das erfolgreiche Bemühen zu verzeichnen, der historischen Rolle List's gerecht zu werden.“¹³ Diese Arbeit wurde fortgesetzt in den „Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848–1945“ von Werner Krause und Günter Rudolph (Berlin 1980).

1976 jährte sich zum 200. Mal das Erscheinen des Hauptwerkes von Adam Smith. Es war vorhersehbar, dass aus diesem Anlass eine Fülle von Veröffentlichungen in vielen Ländern und aus vielerlei Sichtweisen erscheinen wird. Um dazu einen eigenen Beitrag zu leisten, wurde an der Universität Halle in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften der DDR bereits 1975 ein wissenschaftliches Kolloquium zu Adam Smith durchgeführt¹⁴, auf dessen Grundlage Peter Thal eine Gemeinschaftsmonographie zu „Adam Smith – Gestern und Heute“ herausgab¹⁵.

Die internationale Beachtung, die die Smith-Forschung der DDR – in hohem Maße initiiert und getragen von Peter Thal – gefunden hat, zeigt sich schon an der Teilnahme an dem Hallenser Kolloquium. Außer namhaften Fachkollegen aus allen damals sozialistischen Ländern waren solch renommierte Smith-Kenner wie A. S. Skinner aus Glasgow, A. W. Coats aus Not-

13 Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 312

14 200 Jahre Adam Smith' „Reichtum der Nationen“, Internationales Kolloquium in Halle 1975, Hrsg. Peter Thal, Berlin 1976

15 Adam Smith – Gestern und Heute, Hrsg. Peter Thal, Berlin 1976

tingham, S. Matsukawa aus Tokio, J. Nagels aus Brüssel sowie Wissenschaftler aus Grenoble und Bern dabei. Aber auch die Bundesrepublik war mit solch bekannten Fachleuten wie Gerhard Kade (Darmstadt), Werner Meißner (Frankfurt/Main) und Karl-Georg Zinn (Aachen) vertreten. Damit soll lediglich gezeigt sein, dass die DDR-Wissenschaft auch auf diesem Gebiet ein international respektierter Kooperationspartner war.

Obwohl es bereits Berge von Literatur über Adam Smith gibt¹⁶, hat die DDR-Forschung Neues und Wesentliches hinzugefügt. So hat Marguerite Kuczynski neue Quellen zum Verhältnis von Physiokraten und Adam Smith entdeckt. Lola Zahn erschloss neue Gedanken über die Bedeutung von Smith für die Herausbildung des utopischen Sozialismus Saint-Simons und Fouriers. Gunther Kohlmeier hat Fragen der internationalen Arbeitsteilung und des Außenhandels bei Smith neu beleuchtet. Erstmals wurde die Stellung von Smith im Verständnis älterer progressiver russischer Denker von Götz Heiningen untersucht.

Ohne einzelne Autoren zu benennen, sei noch auf zwei Themenkreise hingewiesen. Einmal wurde in der DDR viel zu einer exakten Erfassung der Beziehung von Marx zu Smith beigetragen, „natürlich ohne in gewaltsame Aktualisierungen zu verfallen, da dies ein wissenschaftlich fragwürdiges, ja unzulässiges Unterfangen wäre!“¹⁷ Zum anderen haben sich etliche DDR-Ökonomen der Auseinandersetzung mit Smith-Bildern in der nichtmarxistischen Literatur gewidmet. Es geht dabei um die Korrektur von Fehldeutungen, um die Überwindung von vermeintlich apolitischer Exegese, „zeitlosen“ Interpretationen und „wertfreien“ Wertungen. Dazu gehört auch, jene humanistischen Aspekte herauszuarbeiten, „die sowohl der Person wie auch dem Werk von Smith immanent sind.“¹⁸ Das ist wichtig für den Nachweis, dass sich heutige Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker der kapitalistischen Länder sehr einseitig auf Smith als ihren Stammvater berufen.

Das betrifft vor allem die Tatsache, dass Smith die menschliche Arbeit als einzige Quelle des Wertes erkannt hat. Die Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft kennzeichnet er so: „Das Eigentumsrecht, das jeder an

16 Für die Zeit von 1876 bis 1950 nennen Franklin und Cordasco 446 Buchtitel speziell zu Adam Smith. Vgl. B. Franklin und F. Cordasco, *Adam Smith, A Bibliographical Checklist*, New York 1950. Dabei sind die in vielen Lehrbüchern enthaltenen Darstellungen nicht erfasst.

17 Peter Thal, *Adam Smith – Gestern und Heute*, Berlin 1976, S. 9

18 Herbert Meißner, in: *200 Jahre Adam Smith' Reichtum der Nationen*, Berlin 1976, S. 281

seiner Arbeit besitzt, ist in höchstem Grade heilig und unverletzlich, weil es die ursprüngliche Grundlage allen anderen Eigentums ist. Das Erbteil des armen Mannes liegt in der Stärke und Geschicklichkeit seiner Hände. Ihn daran zu hindern, diese Stärke und Geschicklichkeit so zu verwenden, wie er es – ohne seinem Nächsten Schaden zu zufügen – für richtig hält, ist eine reine Verletzung dieses heiligsten Eigentumsrechtes...“¹⁹. Deshalb sind Profit und Grundrente, die dem Kapitalisten oder Grundherren kraft ihres Eigentums an den Produktionsmitteln oder am Boden ohne eigene Arbeit zufallen, notwendiger Weise „Abzüge vom Produkt des Arbeiters“.²⁰ Marx zollt dieser Erkenntnis hohe Anerkennung und stellt fest: „Er hat damit den wahren Ursprung des Mehrwerts erkannt“.²¹ Wie meilenweit entfernt von diesem Adam Smith ist die heutige bürgerliche Ökonomie!

Welche Rolle der Staat in den dabei entstehenden sozialen Auseinandersetzungen spielt, stellt Smith im Gegensatz zu heutigen Demokratieillusionen so dar: „Wann immer die Gesetzgebung versucht, die Differenzen zwischen Unternehmern und ihren Arbeitern zu regeln, sind ihre Ratgeber immer die Unternehmer“.²² Und wer an der humanistischen Haltung von Adam Smith zweifelt, lese im Band 1 unter Teil 2: „Die von der in Europa betriebenen Politik verursachten Ungleichheiten“ (Seite 155 bis 188):

Auch der Moskauer Ökonom Andrej Anikin unterstützt diese Einschätzung mit der Feststellung: „Smith hat für die schaffenden Armen, für die Arbeiterklasse, viel Mitgefühl. Er setzt sich für eine möglichst hohe Vergütung der Lohnarbeit ein, denn: *„sicherlich kann keine Gesellschaft gedeihen und glücklich sein, deren Mitglieder zum allergrößten Teil in Armut und Elend leben“*.“²³

Ein weiteres Forschungsthema war die Physiokratie. Diese bedeutsame Denkrichtung war bekanntlich eng verbunden mit der Aufklärung und leistete wesentliche Beiträge zur geistigen Vorbereitung der französischen Revolution. Der Beitrag der theoriengeschichtlichen DDR-Forschung zu offenen und auch strittigen Fragen dieses Themas, über das es eine Fülle von Literatur gibt, bewegte sich dabei in dreierlei Richtung. Erstens wurde in gründlicher Auswertung der Hinweise von Marx und im Unterschied zu bürgerlichen

19 Adam Smith, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 1, übersetzt und eingeleitet von Peter Thal, Berlin 1963, S. 159

20 Ebenda, S. 85

21 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Teil 1, in: MEW, Bd. 26, Berlin 1965, S. 51

22 a.a.O., S. 186

23 Andrej Anikin, Der Weise aus Schottland, Berlin 1990, S. 217

Dogmengeschichten der Platz der Physiokraten in der Theoriengeschichte präzisiert. Sie waren die „eigentlichen Väter der modernen Ökonomie“²⁴ und „die ersten systematischen Dolmetscher des Kapitals“.²⁵ In gebotener Kürze sei dafür auf folgende Aspekte hingewiesen.

Einmal haben Quesnay und Turgot ausschließlich die menschliche Arbeit als wertbildend und als alleinige Grundlage allen Wirtschaftens anerkannt. Zweitens haben sie die Teilung der Gesellschaft in Klassen und erstmalig deren Kennzeichnung durch ausschließlich objektive ökonomische Kriterien festgeschrieben, anstatt durch Standesunterschiede, Bildung, Religion usw. Drittens stellte Quesnay erstmalig den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess in seinem *Tableau économique* dar. Die Physiokraten haben als erste das volkswirtschaftliche Gesamtsystem theoretisch erfasst und vorgestellt, welches seinem Wesen nach der jungen bürgerlichen Ordnung entsprach, wie sie gerade aus dem Feudalismus hervorbrach.²⁶

Eine zweite Arbeitsrichtung ist mit dem Namen von Marguerite Kuczynski verbunden. Ihr bleibendes Verdienst ist es, die wichtigsten Werke der beiden Hauptvertreter der Physiokratie in geprüfter Übersetzung mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat und einer Einleitung versehen neu herausgegeben zu haben.²⁷ Sie hat dabei besonders die Beziehung und wechselseitige Beeinflussung von Physiokraten und französischer Aufklärung herausgearbeitet sowie neue Quellen zu persönlichen Verbindungen zu Diderot, d’Alembert, Holbach, Condorcet, Voltaire u. a. erschlossen.

Drittens wurde der Beitrag der Physiokraten zur Vorbereitung der französischen Revolution tiefgründiger als bis dahin untersucht. Dafür wurden insbesondere die wirtschafts- und steuerpolitischen Auffassungen von Turgot ins Visier genommen. In einer speziellen Studie wurde nachgewiesen, dass die steuerlichen, preispolitischen und handelspolitischen Maßnahmen der französischen Revolution zu Beginn der 90-er Jahre an den volkswirtschaftlichen Vorstellungen der Physiokraten orientiert waren.²⁸ Aber schon vorher

24 K. Marx / F. Engels, Werke Berlin 1956, Bd. 26.1, S. 21

25 Ebenda, S. 20

26 Eine ausführliche Darstellung bei Günter Fabiunke, *Der Physiokratismus in Frankreich – das erste System der klassischen bürgerlichen Ökonomie*, in: *Geschichte der politischen Ökonomie (Grundriss)*, Berlin 1985, S. 109-135

27 Fr. Quesnay, *Tableau économique*, Versailles 1798, deutsch herausgegeben von M. Kuczynski, Berlin 1965; M. Kuczynski, *Einleitung zu Francois Quesnay, Ökonomische Schriften I. Halbband*, Berlin 1971

28 Herbert Meißner, *Die Physiokraten als Wegbereiter der Französischen Revolution*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1989/6, S. 863-878

zeigte der ernste Konflikt, in den Turgot als Generalkontrollleur der Finanzen mit Ludwig XVI. geriet, dass seine theoretischen und wirtschaftspraktischen Vorstellungen ihrem Wesen nach antifeudal und bürgerlichen Interessen dienend waren. Damit wurde die in der marxistischen wie bürgerlichen Literatur vorherrschende Meinung überwunden, die Physiokratie sei eine reine Reformbewegung gewesen.²⁹ Dagegen wurde die Bedeutung der Physiokraten als „direkte Väter der Französischen Revolution“³⁰ und speziell von Turgot, „der die Französische Revolution einleitet“³¹, untermauert. Auch die in vielen Schriften vertretene These, dass mit Turgots Abberufung als Finanzminister 1776 die Physiokratie am Ende oder dass „mit dem Sturz Turgots auch das Schicksal des Physiokratismus in Frankreich besiegelt war“³², konnte gegenüber dieser Verdeutlichung des Verhältnisses zur Französischen Revolution nicht mehr aufrechterhalten werden.³³

Ein weiterer Punkt ernsthafter theoriegeschichtlicher Arbeit in der DDR ist die Analyse der Gedankenwelt von John Stuart Mill. Dabei ging es nicht nur um die Weiterführung des theoretischen Systems von David Ricardo, sondern auch um seine sozialpolitischen Auffassungen, um sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und um seine Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft. Solch namhafte marxistische Wissenschaftler wie Jürgen Kuczynski warfen Mill vor, er sei im Vergleich zu anderen (z. B. Bastiat) „viel raffinierter“ vorgegangen³⁴ und habe „seine apologetische und betrügerische (persönlich jedoch ehrliche) Arbeit im Interesse der Kapitalisten“ geleistet:³⁵ „Darum ist er der Typ eines ganz gefährlichen vulgären Apologeten“.³⁶ Diese Vergröberung wurde Mill in keiner Weise gerecht und auch von anderen DDR-Kollegen nicht geteilt. So hat schon Peter Thal im Ökonomen-Lexikon und im Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie ein deutlich vor-

29 M. Kuczynski, Einleitung zu Francois Quesnay, ökonomische Schriften..., Bd. I, S. 1, S. XXIII; W. P. Wolgin, Die Gesellschaftstheorien der französischen Aufklärung, Berlin 1965, S. 70; Werner Krause / Günther Rudolph, Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 – 1945, Berlin 1980, S. 241; Paul Mombert, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1927, S. 237

30 K. Marx / F. Engels, Werke, a.a.O. Bd. 26, 1, S. 319

31 Ebenda, S. 37

32 Fritz Behrens, Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie, 4 Bd. Berlin 1962-1981

33 Herbert Meißner, Physiokratie und Französische Revolution, in: Die Französische Revolution von 1789 und ihre weltgeschichtliche Bedeutung, Berlin 1990 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR)

34 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Berlin 1965, Bd. 26, S. 213

35 Ebenda, S. 217

36 Ebenda, S. 220

sichtigeres Urteil abgegeben. Kurz darauf erfolgte eine direkte Auseinandersetzung mit Kuczynski. Seiner einseitigen Zitierung von Marx wurde Marxens ausgewogene, vielschichtige und respektvolle Wertung von Mill entgegengestellt.³⁷ Dabei wurden die mitunter widersprüchlichen und gesellschaftspolitischen Situationen gekennzeichnet, in denen Marx seine Formulierungen traf.

Wohlgermerkt, es ging nicht darum, den von Marx gekennzeichneten Übergang von wissenschaftlicher bürgerlicher Ökonomie zu Vulgarisierung und Apologetik in Frage zu stellen. Worauf es ankam, war die Verhinderung oder Korrektur von simplifizierenden Übersteigerungen und die Vermeidung von Tendenzen, selbst in Vulgarisierung und Apologetik zu verfallen. Dies widerspiegelt das Bemühen und zugleich das Vermögen der DDR-Wissenschaft, „alle Arten von Einseitigkeit und Oberflächlichkeit zu überwinden, aktuelle Interessenbindung zu vermeiden und mit an Erfahrung geschärftem Verstand an historisch-theoretischer Wahrheit Dienst zu tun“³⁸, wofür Kuczynski selbst mit seinem Gesamtwerk Bahnbrechendes geleistet hat. Unabhängig davon, welches Gesellschaftsverständnis unserer Arbeit zugrunde liegt, sollte für uns Heutige gültig bleiben, was John Stuart Mill vor rund 150 Jahren schrieb: „Niemand kann ein großer Denker sein, der nicht erkennt, dass es die oberste Pflicht des Denkers ist, seiner Vernunft zu folgen, zu welchen Schlussfolgerungen sie ihn auch führen möge“.³⁹

In Bezug auf die ältere Theoriengeschichte gab es in der DDR noch andere wichtige Arbeitsergebnisse, so z. B. die Untersuchung der ökonomischen Forschungen des Nicolaus Copernicus, der sehr früh zu Erkenntnissen über das Wesen des Geldes als allgemeines Äquivalent vordrang.⁴⁰ Vor allem aber konnte nachgewiesen werden, dass das bisher dem englischen Ökonomen Sir Thomas Gresham zugeschriebene Gesetz der Geldzirkulation schon fünfzig Jahre vorher von Copernicus erkannt und formuliert worden ist. Das „Greshamsche Gesetz“ besagt, dass beim Vorhandensein von zwei Metallwährungen nebeneinander das schlechte Geld das gute Geld aus der Zirkulation verdrängt, d. h. Silber verdrängt Gold oder Kupfer verdrängt Silber. Mehrere Textstellen und die Begründung dieses ökonomischen Zusammenhanges bei Copernicus belegen, dass es sich nicht um eine zufällige Formulierung handelt, sondern um die theoretische Erkenntnis dieses Gesetzes.⁴¹

37 Herbert Meißner, John Stuart Mill – eine theoriegeschichtliche Rehabilitierung, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1990, Nr. 112, S. 1653

38 Ebenda, S. 1653

39 John Stuart Mill, *On liberty*, London 1859, deutsch Zürich 1945, S. 257

40 Autorenkollektiv, *Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland – Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1977, S. 108-116

Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, wollte man alle gültig bleibenden Erkenntnisse, die im Hinblick auf die ältere Theoriengeschichte in der DDR erarbeitet wurden, hier vorstellen. Zwei Beispiele seien noch angeführt. Einmal gab es eine interessante Darstellung der Auseinandersetzung von Johann Gottlieb Fichte mit den feudalen und bürgerlichen ökonomischen Theorien seiner Zeit in seinem dreibändigen Werk „Der geschlossene Handelsstaat“.⁴² Die bisher von der Theoriengeschichte außer Acht gelassenen Anschauungen Fichtes wurden von Werner Krause als Resonanz der klassischen politischen Ökonomie in Deutschland interpretiert.⁴³

Man kann u.a. auch noch über Studien zu Thomas Müntzers sozialökonomischer Position oder über die sozialökonomische Konzeption von Huldrych Zwingli von Günther Rudolph⁴⁴ sowie über die Arbeiten von Achim Toepel über Pierre Boisguilbert berichten. Diese und andere Forschungen wurden in dem Ökonomenlexikon deutlich sichtbar, dessen Artikel von Albertus Magnus und Aristoteles bis Knut Wicksell und Friedrich von Wieser reichen.⁴⁵

Zweitens ist auf die wissenschaftliche Leistung aufmerksam zu machen, die die Herausgabe Ökonomischer Studientexte und Ökonomiehistorischer Texte darstellt. Diese im Akademie-Verlag Berlin erschienene Schriftenreihe war bereits Mitte der 50ziger Jahre von Gunther Kohlmey und Gerhard Bondi ins Leben gerufen worden und brachte es von 1959 bis 1989 auf 12 Bände, die in Form von 18 Büchern vorliegen. Es erschienen in neuer oder geprüfter Übersetzung mit umfangreichem wissenschaftlichen Apparat und analytischer Einleitung die Hauptwerke der englischen Klassiker David Ricardo und Adam Smith, der Physiokraten Francois Quesnay und Anne-Robert Turgot, der utopischen Sozialisten Charles Fourier und Robert Owen, von Jean Charles Sismondi, Pierre Boisguilbert u.a... Die angeführten Fakten sollten für den überzeugenden Nachweis genügen, dass die DDR-Forschung zur Geschichte der ökonomischen Theorie Beachtliches geleistet hat, der Theoriengeschichte gültig bleibende Erkenntnisse hinzufügte und somit keineswegs dem Bilde entspricht, welches sogenannte Evaluierer und andere selbsternannte Kritiker und Aufarbeiter der Geschichte der DDR von ihrer Gesellschaftswissenschaft zeichneten. Völlig zu Recht stellte der Präsident des

41 Herbert Meißner, Die ökonomischen Forschungen des Nicolaus Copernicus, in Wirtschaftswissenschaft, Berlin, Nr. 2 – 1973, S. 229 ff.

42 Johann Gottlieb Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, Leipzig 1943

43 Autorenkollektiv, Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1977, D. 328 ff.

44 Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Berlin, 1975/H. 4 und 1977/H. 1.

45 Ökonomenlexikon, Hrsg. Werner Krause, Karl-Heinz Graupner, Rolf Sieber, Berlin, 1989

Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) Prof. Jürgen Kocka kürzlich fest, es „...brachen mehr zukunftsfähige Entwicklungen ab und wurde mehr an wissenschaftlichem Potential entwertet, als...gerechtfertigt war“ (Leibniz Intern, Berlin, Nr. 30, S. 20).

4. Zur Analyse moderner Theorien

Eine spezielle Problematik entsteht allerdings bei der Beschäftigung mit modernen ökonomischen Theorien. Das folgt daraus, dass die Beziehung von wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und politisch-ideologischen Positionen in Zeiten zugespitzter gesellschaftlicher Konflikte besonders eng ist. Das zeigt sich deutlich bei einem Thema, welches nach 1945 zunächst ausschließlich in der DDR untersucht wurde. Es handelt sich um die Entwicklung ökonomischer Theorien im faschistischen Deutschland. Im alten Bundesgebiet gab es keine Untersuchung dieser Thematik, da die politische Interessenslage und die damit zusammenhängende Personalpolitik an den wissenschaftlichen Institutionen dies nicht zuließ. Der namhafte Soziologe Leopold von Wiese machte sich 1936 Sorgen darüber, „ob der Aufbau des deutschen nationalen Volks- und Staatslebens die Mitarbeit der allgemeinen Soziologie entbehren kann“. 1948 postulierte er als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: „Wir nehmen den Faden des Wirkens dort, wo wir ihn fallen lassen mussten, ungebrochen wieder auf.“⁴⁶ Ein Jahr später erklärte er, weshalb er über die Vorgänge nach 1933 schweige: nämlich „um niemandem wehe zutun.“⁴⁷ Auf solchem Boden konnte keine kritische Durchleuchtung von Wirtschaftstheorien im Dritten Reich erfolgen. Diese Aufgabe wurde am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie gelöst. Werner Krause veröffentlichte das Buch „Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz“, Berlin 1969. In dieser Darstellung der deutschen bürgerlichen politischen Ökonomie in der Zeit der faschistischen Herrschaft wurde untersucht, wie, durch wen und mit welchem Erfolg Wirtschaftstheorie vom faschistischen Staat „gleichgeschaltet“ wurde und auf welche Weise faschistische Politik von der Wirtschaftswissenschaft gestützt wurde.

Die außerordentlich gründlichen Recherchen und Literaturstudien von Werner Krause haben deutlich gezeigt, wieviele und welche namhaften Wissenschaftler vom Faschismus von ihren Lehrstühlen und Ämtern vertrieben

46 Leopold von Wiese, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 1948 / 1949,

47 Leopold von Wiese, Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Schmollers Jahrbuch, 69. Jg. Berlin und München 1949, S. 232

wurden, ins Ausland emigrierten oder selbst ihre Entlassung einreichten. Ebenso wurden Schriften und theoretische Konzepte derjenigen vorgestellt, die sich dem Regime unterwarfen, sich anbieterten und es aktiv stützten. Hierher gehört auch die ebenfalls von Werner Krause verfasste Schrift „Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus“ (Berlin 1962). Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie viele und welche der vom Faschismus vereinnahmten und ihn unterstützenden Theoretiker nach dem 2. Weltkrieg als Repräsentanten bundesdeutscher Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik figurierten (z. B. Gottl-Ottlienfeld, Zwiedineck-Südenhorst, Harms, von Stackelberg, Adolf Weber u.a.m.).

Diese Arbeiten von Werner Krause und ihre Förderung an der Akademie der Wissenschaften der DDR zeigen ein weiteres Mal, wo mit faschistischer Ideologie und Theorie abgerechnet wurde und wo nicht. Die theoriegeschichtliche Literatur verfügt über kein vergleichbares Werk.

Eine auf andere Weise spezielle Problematik bestand bei der Beschäftigung mit Wirtschaftstheorien kapitalistischer Länder, insbesondere Westdeutschlands. Infolge der Konkurrenz zwischen den beiden Systemen hatte auch die Behandlung ökonomischer Theorien einen starken politisch-ideologischen Aspekt. Nun ist eine ernsthafte Analyse ökonomischer Theorie nur möglich im Zusammenhang mit der jeweiligen Gesellschaftsentwicklung, auf deren Hintergrund solche Theorie entsteht und wirkt. Daher ist hier vorsorglich eine Bemerkung erforderlich. Wenn bei der theoretischen Betrachtung der Bezug zur Wirtschaftspraxis hergestellt wurde, gab es oft auch eine Gegenüberstellung mit dem sozialistischen System. Dabei gingen die DDR-Ökonomen gemäß ihrer politisch-ideologischen Überzeugung von der generellen historischen Überlegenheit des Sozialismus aus. Das gilt – sicher mit verschiedenen Nuancen – für alle Ökonomen, nicht nur für Theoriehistoriker, die hier zur Debatte stehen. Dabei wurde – wie wir heute wissen – die Wunschvorstellung vom Sozialismus als Realität unterstellt. Es gab die Vertauschung von Ideal und Wirklichkeit. Es soll auch nicht verschwiegen werden, dass dabei auch entgegen besserem Wissen die Staatsräson und die Parteidisziplin eine Rolle spielten. Daher gehören jene Passagen, Argumentationen und Formulierungen in theoretischen Arbeiten, die sich auf die angenommenen und in einigen Bereichen auch tatsächlichen Vorzüge der DDR-Gesellschaft beziehen, in ihrer Verallgemeinerung nicht zu den gültig bleibenden wissenschaftlichen Ergebnissen von DDR-Forschung. Der Lehrmeister Geschichte hat darüber sein unerbittliches Urteil gesprochen.

Andererseits wird bei der Analyse bürgerlicher Wirtschaftstheorien auch der Bezug zu jener Wirtschaftspraxis hergestellt, auf deren Basis sie entstehen und wirken. Viele der dabei von der DDR-Forschung über die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft gemachten Aussagen sind nicht nur zutreffend, sondern mit großer wissenschaftlicher Vorsicht und Differenziertheit formuliert, wie ein Vergleich der in den siebziger und achtziger Jahren getroffenen Feststellungen über Arbeitsmarkt, Staatsfinanzen und Sozialstaatlichkeit mit der inzwischen eingetretenen tatsächlichen Entwicklung zeigt. Wäre damals in DDR-Schriften die heutige bundesdeutsche Wirtschaftspolitik mit all ihren katastrophalen Folgen als Zukunft des Landes vorausgesagt worden, hätte man dies als primitive kommunistische Propaganda verlacht. Im Unterschied zu den Aussagen über den Sozialismus gehören die zur kapitalistischen Wirtschaftsweise getroffenen Feststellungen zum durch die Gesellschaftsentwicklung bestätigten Wissen.

Als kurz nach dem Kriege Ludwig Erhard unter der Flagge des Neoliberalismus eine „soziale Marktwirtschaft“ zu installieren versprach, erlangte diese Wirtschaftslehre sehr rasch Dominanz. Dafür gab es vier Gründe. Erstens lag diese Theorie bei Kriegsende fast fertig ausgearbeitet vor. Walter Eucken hatte mit seiner „Freiburger Schule“ die theoretischen Grundlagen gelegt und Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack u. a. vervollständigten diese Lehre und vertraten sie an den Universitäten und in der Öffentlichkeit. Zweitens hob sich der Neoliberalismus deutlich von der faschistischen Zwangswirtschaft ab. Drittens wandte er sich gegen die im Aufbau befindliche Bundesbürokratie und die Reglementierungen durch die Besatzungsmächte und forderte unter dem Vorwand absolut freier Konkurrenz ungehinderte Handlungsfreiheit für das Kapital. Und viertens enthielt er die politische Stoßrichtung gegen die sozialistische Wirtschaftsplanung im Osten. Das theoretische Gebäude des Neoliberalismus einschließlich seiner wirtschaftspolitischen Komponente wurde von mehreren DDR-Ökonomen sachkundiger Kritik unterzogen. Das ging von den Idealtypen Max Webers, die von den Neoliberalen missbraucht wurden, über die ORDO-Lehre Walter Euckens bis zur Monopolkritik.⁴⁸ Jedoch in einem Punkt haben die meisten Theorienkritiker damals deutlich geirrt. Zwanzig Jahre nach Kriegsende hatten die herrschenden Kreise Westdeutschlands die volle ökonomische und politische Macht wiedergewonnen, wesentliche Schranken für Produktion und Handel beseitigt und den Staatsapparat aus den Händen der Besatzungsmächte wieder übernommen. Eine Doktrin, die auf völlig freie Verkehrswirtschaft setzt, eine soziale Marktwirtschaft verwirklichen will und

Monopolkritik übt – wie inkonsequent auch immer – geriet zunehmend in Konflikt mit der Wirklichkeit und den Monopolinteressen. Daher stellte Edgar Salin auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1960 in Bad Kissingen fest, dass die Zeit des Neoliberalismus abgelaufen sei.⁴⁹ Auch Werner Krause schrieb in der Zeitschrift „Konjunktur und Krise“ (1966, Nr.4, S. 308), „das morsche Lehrgebäude der ORDO-Liberalen wird bald wie ein Kartenhaus zusammenfallen“; es „bröckelt das neoliberale Dogma von der sozialen Marktwirtschaft langsam aber sicher auseinander“ und es „werden die Historiker ökonomischen Denkens bald endgültig das Ende des westdeutschen Neoliberalismus konstatieren können.“ Unter der Überschrift „Das Ende des Neoliberalismus“ wurde auch in dem Gemeinschaftswerk „Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus“ diese Situation beschrieben und konstatiert: „Die neue Etappe staatsmonopolistischer Entwicklung bedingt grundsätzlich das Zuendegehen des neoliberalen Einflusses. Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands beschleunigte diesen Prozess und versetzte dem ORDO-Liberalismus endgültig den Todesstoß.“⁵⁰ Dies schien sachkundig und wirklichkeitsgetreu und befand sich in Übereinstimmung mit namhaften westdeutschen Wirtschaftswissenschaftlern.

Allerdings gab es schon damals einzelne kritische Stimmen zu dieser These. In einem Zeitschriftenaufsatz wies Peter Thal darauf hin, dass die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Basis mit ihrer freien Konkurrenzwirtschaft einerseits und dem Bedürfnis nach staatsmonopolistischer Regulierung andererseits nicht zulässt, dass die eine Seite die andere vollständig verdrängt. Er stellte fest: „Tatsächlich geht es um eine Antinomie in den realen kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Gegenwart“. Nach einer soliden Begründung seiner These kam Peter Thal zu dem Schluss: „Auf jeden Fall wird uns auch die Zukunft den internen Streit innerhalb der bürgerlichen politischen Ökonomie zwischen den liberalistischen Anhängern der Markt-

48 Otto Rühle, Zur Theorie der „Wettbewerbsordnung“ von Walter Eucken, in: *Wirtschaftswissenschaft* Nr. 5- 1954; Gerhard Bondi, „Anti“-Monopolismus in der Praxis, in: *Monopoltheorie – Monopolpraxis*, Berlin 1958; Hannelore Riedel, Die Ziele der „Centi“ – Monopoltheorie des Neoliberalismus, in: ebenda; Hermann Turley, Neoliberale Monopoltheorie und „Antimonopolismus“, Berlin 1961; Helga Nussbaum, Bürgerliche Monopolverweigerung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil III, Berlin 1962; Werner Krause, Der westdeutsche Neoliberalismus, in: *Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus*, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1967

49 Edgar Salin, Soziologische Aspekte der Konzentration, in: *Die Konzentration in der Wirtschaft*, Berlin 1961, S. 58

50 *Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus*, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1967, S. 76

wirtschaft und den dirigistischen Anhängern der staatsmonopolistischen Regulierung liefern...“⁵¹

Aber ob irrende Grabredner des Liberalismus oder weitsichtige Analytiker kapitalistischer Dialektik – keiner hat wohl damals erwartet, dass 25 Jahre später eine Wirtschaftspolitik Platz greift, die erneut unter dem Banner des Neoliberalismus durchgesetzt wird. Allerdings gibt es gegenüber der Nachkriegszeit gravierende Unterschiede. Der heutige Neoliberalismus ist nicht mehr für eine soziale Marktwirtschaft, sondern unter dem Vorwand ihres Umbaus für deren Abbau. Das Ziel einer gewissen Vollbeschäftigung ist aufgegeben worden, und Massenarbeitslosigkeit in nicht gekanntem Ausmaß wird als unabwendbar hingenommen. Statt staatlich geregelter freier Verkehrswirtschaft erfolgt völliger Rückzug des Staates aus der Wirtschaft bei uneingeschränkter Handlungsfreiheit der Monopole. Schließlich ging die neoliberale Nachkriegstheorie aus der sogenannten Neoklassik⁵² hervor, beruhte auf einem ausgeprägten theoretischen Gerüst und wurde ständig von namhaften Universitätsprofessoren ausgebaut und propagiert. Die heutige neoliberale Wirtschaftspolitik kümmert sich kaum um theoretische Grundlagen, argumentiert nicht volkswirtschaftlich und ist nur durch betriebswirtschaftliche Profitmaximierung motiviert. Eine nähere Betrachtung dessen ist hier nicht Gegenstand und es geht nur um das Eingeständnis, dass die damalige Totsage des Neoliberalismus durch viele Ökonomen in Ost und West ein Irrtum war, sowie um den Hinweis auf wesentliche Unterschiede zwischen früherer Theorie und heutigem Konzept.

In der Zwischenzeit dominierten andere Theorien, mit denen sich die DDR-Forschung ebenfalls ausgiebig beschäftigte. Das betrifft z. B. die Wachstumstheorie, und zwar in ihrer keynesianischen (Roy F. Harrod, E. D. Domar) sowie in ihrer neoklassischen (Robert M. Solow, J. E. Meade) Ausprägung. In den verschiedenen Wachstumsmodellen werden die zentrale Rolle des Wirtschaftswachstums für Konsumtion und Beschäftigung einerseits sowie die Voraussetzungen dafür durch Investitionen und Finanzpolitik andererseits untersucht und daraus wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen. In marxistischen Analysen wurde ausführlich nachgewiesen, dass infolge der inneren Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses die mathematisch formulierten Wachstumsmodelle in der Wirtschaftspraxis

51 Wirtschaftswissenschaft Berlin, Nr. 5/ 1978, S. 613

52 Siehe: Klaus O.W. Müller, Die Entwicklung der „neoklassischen“ Wirtschaftstheorie, in: Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1976

nicht realisierbar sind.⁵³ Dies wurde dann auch von maßgeblichen westdeutschen Ökonomen festgestellt. Erich Schneider schrieb, dass „ein solch fehlerhaftes Spiel mit Wachstumsraten nur als naiv bezeichnet werden“⁵⁴ und dass es „der Natur der Sache nach *keine Wachstumspolitik* geben“⁵⁵ kann. Ernst Helmstädter schlussfolgerte: „Eine Proportionalität zwischen Investitionsquote und langfristiger Wachstumsrate gibt es unter den normalen Bedingungen der Kapitalintensivierung der Arbeit und eines mehr oder weniger vorgegebenen technischen Fortschritts einfach nicht. Die betreffenden Überlegungen sind falsch!“⁵⁶ Diese kritische Haltung zur Wachstumsproblematik wurde auch durch den berühmten Bericht des Club of Rome⁵⁷ beeinflusst. Aber auch die von ausgesprochen linken Positionen ausgehende Behandlung der Wachstumsproblematik trug dazu bei, dass die Wachstumstheorie ihren Einfluss verlor und lediglich mathematisch-funktionalistische Methoden noch eine gewisse Rolle spielten. Linke Wachstumsautoren wie z.B. Alexander Baran fanden auch in der DDR Aufmerksamkeit. Jedenfalls befand sich die DDR-Forschung in dieser Frage auf dem richtigen Wege – wenn auch von unterschiedlichen Ausgangspunkten her.

Letztlich sei noch ein Fragenkomplex betrachtet, der in den letzten Jahren der DDR international zu einem vielbeachteten Diskussionspunkt geworden war: die Konvergenztheorie. Kurzgefasst beinhaltet diese Theorie, dass sich Kapitalismus und Sozialismus immer ähnlicher werden, dass sich ihre sozialökonomischen und wirtschaftlichen Probleme immer mehr angleichen und dass aus dieser konvergierenden Entwicklung unter Nutzung der Vorzüge und Eliminierung der Mängel beider Systeme eine neue einheitliche Gesellschaft entsteht. Das Geschick dieser Theorie ist sowohl wissenschaftsge-

53 Herbert Meißner, Bürgerliche Wachstumstheorie und Marx, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 11, Berlin 1968; Herbert Meißner, Entwicklung und Verfall der bürgerlichen Theorie des Wirtschaftswachstums, in: Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, Hrg. Herbert Meißner, Berlin 1976; Helmut Koziol, Grundsätzliche Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wachstumstheorie, in: Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, 2. Halbband, Berlin 1961; A. Lukaszewicz, Bemerkungen zur Theorie der wirtschaftlichen Dynamik von Harrod, in: ebenda;

54 Erich Schneider, Das Spiel mit den Wachstumsraten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. März 1967

55 Erich Schneider, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsordnung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, S. 7

56 Ernst Helmstädter, Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, in: Die Aussprache, Nr. 5/6 – 1968, S. 104

57 Dennis Meadows, Die Grenzen des Wachstums, in: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972

schichtlich wie generell zeitgeschichtlich interessant. Ihr Ursprung liegt zu Beginn der sechziger Jahre bei dem französischen Soziologen Raymond Aron⁵⁸, dem Amerikaner Pitirim Sorokin⁵⁹ und dem holländischen Ökonomen Jan Tinbergen.⁶⁰ In Westdeutschland fand dies zunächst kein Echo, denn dort lehnte die offizielle Politik ja gerade ab, die Existenz zweier deutscher Staaten mit verschiedener sozialökonomischer Ordnung anzuerkennen und ihre Annäherung oder auch nur sachliche Zusammenarbeit zu ermöglichen. Erst mit der Etablierung der neuen Ostpolitik fand konvergenztheoretisches Denken Eingang in westdeutsche Ökonomie, Soziologie und Politik. Stellvertretend für viele sei der langjährige Direktor der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft Heinz-Dietrich Ortlieb zitiert mit seiner These, dass „der weltpolitische Machtkampf auch den Westen früher oder später zu einer mehr oder weniger vollständigen Planwirtschaft zwingen wird, ...und dass der alte Streit, ob markt- oder planwirtschaftliche Ordnungsformen vorzuziehen sind, heute selbst uninteressant geworden ist“ und viel wichtiger die Frage sei, „wie wir durch eine Kombination beider Ordnungsformen die Übersichtlichkeit über das sozialökonomische Geschehen erhöhen können.“⁶¹ Programmatisch heißt ein anderes Buch „Liberalismus und Sozialismus auf dem Wege zur Synthese“.⁶² Von da an wurde die Konvergenztheorie zu einem umfangreich behandelten Thema in Ost und West.

In der DDR erfolgte eine ausführliche und detaillierte Auseinandersetzung damit.⁶³ Dabei wurden verschiedene Varianten untersucht, die politisch-ideologische Ausnutzung beleuchtet, sorgfältig zwischen reaktionären und progressiven Konvergenztheoretikern differenziert und auch bürgerliche Kritiker in die Analyse einbezogen. Die Gegenargumentation beruhte auf folgenden Punkten: Erstens bleibt trotz aller produktionstechnischen und betriebsorganisatorischen Entwicklungen gültig, dass die Eigentumsverhältnisse wesensbestimmend für den Charakter einer Gesellschaft sind und dass

58 Raymond Aron, Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main und Hamburg 1964

59 Pitirim A. Sorokin, The basistrends of our times, New Haven 1964

60 Jan Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1963

61 Heinz-Dietrich Ortlieb, Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962, S. 160

62 B. Kopp, Liberalismus und Sozialismus auf dem Wege zur Synthese, Maisenheim a. Glau 1964

63 Herbert Meißner, Marxismus und Konvergenztheorie, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin Nr. 5/1968; derselbe, Konvergenztheorie und Realität, Berlin 1969; dto. Berlin 1971; dto. Frankfurt/Main 1971; dto. (slowakisch) Bratislawa 1971; dto. (ungarisch) Budapest 1971; dto. (russisch) Moskau 1973; dto. (tschechisch) Prag 1975

bei Beibehaltung der entgegengesetzten Eigentumsverhältnisse keine Verschmelzung der Ordnungen erfolgen kann. Zweitens sichert der jeweilige Staat in seinem Herrschaftsbereich die Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen Machtverhältnisse ab, und eine Synthese dieser gegensätzlichen Staatsapparate ist unmöglich. Drittens ist die Vorstellung eine Illusion, die Menschen würden immer besser die Vorzüge und Mängel beider Systeme erkennen und mit zunehmendem Erfolg ihre Vereinigung anstreben und schließlich erreichen. Eine Konvergenz und schließliche Synthese beider Systeme wurde also ausgeschlossen.

Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, dass sich auf der Grundlage gleicher oder ähnlicher technischer und betriebswirtschaftlicher Entwicklungen in beiden Systemen Ähnlichkeiten zeigen. Das ist zwar Ausgangspunkt, aber nicht Schlussfolgerung der Konvergenztheorie. Diese Schlussfolgerung besteht darin, dass sich auf diesem Hintergrund zwei gegensätzliche Produktionsweisen zu einer neuen Produktionsweise vereinigen werden, dass damit alle gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche zu lösen sind und dass damit eine völlig neue Gesellschaft entsteht. Es sind diese Schlussfolgerungen und Resultate konvergenztheoretischen Denkens, gegen die sich die Konvergenzkritik gewendet hat.

Daran sind zwei Dinge von Bedeutung. Einerseits hat sich die Richtigkeit der Konvergenzkritik bestätigt, denn eine Verschmelzung der Systeme unter Nutzung ihrer Vorzüge und Vermeidung ihrer Mängel hat nicht stattgefunden. Stattdessen vollzog sich der Sieg der einen Ordnung über die andere, die blitzartige Liquidierung allen materiell-technischen und kulturell-geistigen Eigentums der unterlegenen Ordnung und die Leugnung jeglicher früher anerkannter Vorzüge. Damit hat die geschichtliche Realität die Konvergenztheorie eindeutig als unhaltbar klassifiziert und die ostdeutsche Kritik bestätigt.

Andererseits aber hat sich die Strategie der neuen Ostpolitik und des Aufweichens und Zersetzens der sozialistischen Ordnung, die von der Konvergenztheorie gestützt und theoretisch untermauert wurde, international durchgesetzt. Diese Politik sollte nach den Worten von Franz Josef Strauß „eine Veränderung des Status quo zur Folge haben – selbstverständlich zugunsten des Westens“. ⁶⁴ Wie dies geschehen sollte, beschrieb die in Stuttgart erscheinende Zeitschrift „Außenpolitik“ in ihrer Novemberausgabe 1962: „Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte

64 Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 102

Weise einzuschleusen... Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewussten oder unbewussten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen.“ Die Realisierung dieser Politik wurde von einer Theorie flankiert, die – gemessen am Ergebnis – erwiesenermaßen unrealistisch und also falsch war. Während also eine falsche Theorie zum Erfolg eines politischen Konzepts beitrug, hat umgekehrt die – wiederum an der Realität gemessen – theoretisch richtige Konvergenzkritik die Durchsetzung dieser Politik nicht verhindern können.

Dies ist ein echt dialektisch-widerspruchsvolles Spannungsfeld von Theorie und Praxis!

Die Konvergenztheorie ging davon aus, dass der Sozialismus relativ stabil ist, dass er eine Reihe von Vorzügen hat, die übernehmenswert sind und dass dem Kapitalismus eine Reihe von Mängeln eigen sind, die bei einer Verschmelzung überwindbar seien. Dies unterschied sich gravierend von dem vorherigen primitiven Antikommunismus und drückte eine gewisse Verunsicherung aus. Dieser Rückgang von Selbstsicherheit und Zukunftsgewissheit war Ausdruck eines gewissen Gesellschaftspessimismus. Der bekannte US-amerikanische Regierungsberater Zbigniew Brzezinski verwies auf eine Hinwendung „zu einem passiven Pessimismus – zu einem Gefühl, dass die Probleme zu komplex werden und nicht mehr erfolgreich bewältigt werden können.“⁶⁵

Ähnliche Formulierungen können seitenweise zitiert werden.⁶⁶ Wilhelm Röpke hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“.⁶⁷ Es ist nicht verwunderlich, dass ostdeutsche Ökonomen daraus den Schluss zogen, dass sich das westliche ökonomische Denken in einem Krisenzustand befindet.⁶⁸ Unter Hinzuziehung einiger weiterer Gesichtspunkte und ihrer Systematisierung entstand das Konstrukt einer Krise der bürgerlichen politischen Ökonomie.

Wissenschaftliche Redlichkeit verlangt das Eingeständnis, dass dies zu kurzschlüssig gedacht war. Es beruhte auf tatsächlich in der bürgerlichen Ideologie vorhandenen Unsicherheiten, unterschätzte aber die kapitalistische

65 Zbigniew Brzezinski, Neue Dimensionen der Bedrohung der Sicherheit der atlantischen Allianz, in: Europa Archiv, Bonn 10. 12. 1974, Nr. 23, S. 778

66 Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1976, S. 656 ff.

67 Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich, 1942

68 Geschichte der politischen Ökonomie, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1978, S. 653 ff.

Systemstabilität und überschätzte die innere Stabilität des sozialistischen Systems. Dies war verbunden mit einer illusionären Vorstellung von einem gesetzmäßigen Geschichtsverlauf. Die Irritationen der westlichen Ökonomie wurden aufgefangen vom tatsächlichen Geschichtsverlauf und die Vorstellung von der bereits erreichten historischen Überlegenheit des Sozialismus wurde von diesem Verlauf widerlegt.

Aber wissenschaftliche Redlichkeit verlangt allerdings auch anzuerkennen, dass namhafte DDR-Ökonomen ständig bemüht waren, ihre theoriehistorische Betrachtungsweise zu vertiefen, zu präzisieren und – wo nötig – auch zu korrigieren. Ähnlich wie bei dem älteren Nationalökonom John Stuart Mill wurde auch im Hinblick auf moderne Autoren eine sachgerechte und ausgewogene Einschätzung erarbeitet. Das gilt insbesondere für eine wissenschaftliche Positionsbestimmung von Alfred Marshall (1842 bis 1924).⁶⁹ Dabei erfolgte eine ausdrückliche Abgrenzung von „Zeiten, in denen ungerechtfertigte Vorurteile die Beziehungen zwischen Vertretern marxistischer und bürgerlicher Auffassungen belasteten“.⁷⁰ Marshall hat seine theoretische Analyse in die wissenschafts- und wirtschaftspolitische Gesamtsituation des Übergangs zur Monopolbildung, zur technisch-ökonomischen Großproduktion eingeordnet und den Bedingungen einer rationellen Wirtschaftsführung Rechnung getragen. Er hat „auf diese Weise wichtige Ausgangspunkte für die kapitalistische Betriebswirtschaftslehre geschaffen“.⁷¹ In diesem Zusammenhang begann er mit der mathematischen und graphischen Darstellung der Beziehungen zwischen ökonomischen Größen. Peter Thal und Simone Helle schlussfolgerten zu Recht, „es ist unbedingt ein Gebot der Klugheit, zur Kenntnis zu nehmen, was ein Denker vom Range Marshalls an theoretischen Überlegungen zu wirtschaftlichen Phänomenen erarbeitet hat.“⁷²

Übrigens wurden, wie schon bei Adam Smith und John Stuart Mill, auch bei der Beurteilung von Alfred Marshall besonders die humanistischen Aspekte hervorgehoben, wie z.B. seine Feststellung: „Ich besuchte die ärmsten Viertel verschiedener Städte, durchquerte eine Straße nach der anderen und schaute in die Gesichter der ärmsten Menschen“⁷³, und dass er sich zu „der

69 Simone Helle und Peter Thal, 100 Jahre Principles of Economics von Alfred Marshall – wissenschaftshistorische Positionsbestimmung, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, Nr. 5/1990

70 Ebenda S. 706

71 Ebenda S. 710

72 Ebenda S. 718

Prämisse der arbeitenden Klassen, dass das Wohlbefinden der Vielen wichtiger ist als das der Wenigen“ bekannte.⁷⁴ Die Ähnlichkeit mit Formulierungen von Adam Smith ist unverkennbar.

Die vertiefte und ausgewogene Bewertung von Marshall war auch die Grundlage für die vom 13. bis 14. Juni 1990 an der Martin-Luther-Universität durchgeführte, von Peter Thal veranlasste und getragene Konferenz „100 Jahre Alfred Marshalls Principles of Economics – Werk und Wirkung“.

Dass diese Denk- und Arbeitsweise keine Einzelerscheinung war, zeigte sich auch an einer Arbeit „Zum 40zigsten Todestag des herausragenden Ökonomen Joseph A. Schumpeter“ von Klaus O.W. Müller.⁷⁵ Nach einer vielschichtigen Analyse heißt es dort: „Zweifelsohne gibt Schumpeter den nachfolgenden Generationen von Ökonomen zum Verständnis des Gesamtwirtschaftsprozesses des Kapitalismus, eines seinem Wesen nach zutiefst dynamischen und zyklisch verlaufenden Prozesses, viele produktive Anregungen.“⁷⁶

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass DDR-Ökonomen solch komplizierte Aspekte unter die Lupe genommen haben wie die Zusammenarbeit des Neoricardianers Piero Sraffa mit dem Marxisten Maurice Dobb. Sraffa war um die Rehabilitierung von Ricardo gegenüber der modernen bürgerlichen Ökonomie bemüht. Er versuchte, die Transformation von Warenwerten in Produktionspreise zu erklären – dies jedoch an Marx vorbei. Gemeinsam mit Maurice Dobb gab er in zehn Bänden die Hauptwerke und Korrespondenzen von David Ricardo raus, was ein großes wissenschaftliches Verdienst war. In der DDR hat sich besonders Hilmar Sachse damit beschäftigt (siehe: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1979, Nr. 4; vgl. auch Fritz Behrens, Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie. Berlin 1981, Bd. IV).

Auch die Zusammenarbeit des Kapitalismuskritikers Paul M. Sweezy mit dem Wachstumstheoretiker Paul S. Baran, z.B. bei der gemeinsamen Herausgabe des Buches „Monopolkapital“ oder mit Charles Bettelheim wurde in der DDR aufmerksam verfolgt, insbesondere von Klaus O.W. Müller (siehe: Wirtschaftswissenschaft Berlin 1975, Nr. 12). Auch das zeigt, dass den DDR

73 Zitiert bei J. M. Keynes, „Alfred Marshall, 1842 bis 1924“ in: Memorials of Alfred Marshall, London, 1925, S. 10

74 A. Marshall, The old generation of economists and the new (1897), a.a.O., S. 305

75 Klaus O.W. Müller, Zum 40zigsten Todestag des herausragenden Ökonomen Joseph A. Schumpeter, in: Wirtschaftswissenschaft Berlin Nr. 6/1990, S. 850

76 Ebenda S. 852

Ökonomen die gesamte Fachliteratur weltweit zugänglich und bekannt war sowie be- und verarbeitet wurde. Auch in dem bereits erwähnten „Ökonomenlexikon“ ist dies sichtbar.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Es gibt in der Entwicklung eines Wissenschaftsgebietes oft neben vielen richtigen Erkenntnissen auch Irrtümer. Dies ist keine Besonderheit der Theoriegeschichte in der DDR. Dass sich ein solcher Irrtum auf die Auseinandersetzung zweier Weltsysteme bezieht und eine ganze Geschichtsperiode betrifft, ist schon selten und trägt sehr grundsätzlichen Charakter. Da nach der Übernahme des Staatsgebietes der DDR und der Abwicklung ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen auch die Auswechslung des wissenschaftlichen Personals erfolgte, bestand keine Möglichkeit der Fortsetzung dieser wissenschaftlichen Arbeit und damit auch nicht der Korrektur von Irrtümern. Es bleibt also nur, nachträglich die Entwicklung des Fachgebietes einschließlich seiner richtigen wie falschen Ergebnisse korrekt nachzuzeichnen. Es wäre zu wünschen, dass die offizielle Wirtschaftswissenschaft der Bundesrepublik mit der Wissenschaftsgeschichte der DDR ebenfalls redlich umgeht.

5. Internationales und Interdisziplinäres

Ein weiteres Feld von Aktivitäten der Theoriehistoriker war die internationale Forschungsk Kooperation – und zwar in Ost wie West. Seitens der DDR lag der Ausgangspunkt für diese internationale Zusammenarbeit in der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die Abteilung für Geschichte der politischen Ökonomie im Institut für Wirtschaftswissenschaften der AdW organisierte zunehmend intensive Kontakte mit den Instituten der anderen sozialistischen Länder mit dem Ziel, in Arbeitsberatungen wissenschaftliche Standpunkte und Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Konferenzen zu veranstalten und wissenschaftliche Veröffentlichungen herauszugeben. Diese Aktivität beruhte auf einem Beschluss einer Arbeitsberatung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Akademien der sozialistischen Länder im Dezember 1958 in Prag, wo von DDR-Seite Fred Oelßner, Gunter Kohlmey, Willi Kunz und Herbert Meißner teilnahmen. Auf dieser Grundlage fand im Oktober 1959 in Bratislava eine Beratung statt, auf der die gemeinsame Durchführung einer Konferenz über „Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie“ in Berlin festgelegt wurde.⁷⁷ Diese Konferenz fand vom 18. bis 21. Oktober 1960 statt.⁷⁸ Ein besonderes Gewicht erhielt diese Konferenz dadurch, dass außer leitenden Wissenschaftlern der Akademien der sozialistischen Länder namhafte Kollegen aus Finnland, Dänemark, Italien,

Frankreich, Österreich, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden, Dänemark und Japan der Einladung gefolgt sind. Es wurden Themen behandelt wie aktuelle Marx-Kritik, Wachstumstheorie, Theorien der wirtschaftlichen Dynamik, Ökonometrie, Theorien der Entwicklungsländer u. a. m. Das ungekürzte Protokoll dieser Tagung wurde in deutsch und russisch in jeweils 2 Bänden veröffentlicht.⁷⁹

Mit dieser Konferenz begann ein neuer Abschnitt in der theoriegeschichtlichen Forschung. Es wurde dezidiert die Forderung erhoben, bei der Behandlung ökonomischer Theorien stärker zu differenzieren, tiefer auszuloten und sachgerechter zu urteilen. Fred Oelßner hat dies in seinem Schlusswort auf der Konferenz hervorgehoben und auch darauf hingewiesen, dass auch Streitfragen in kollegialer Weise diskutiert wurden. Das zeigte sich u.a. an den Konferenzbeiträgen von Helmut Koziolok und Kurt Rothschild, von Leif Johansen und Herbert Meißner, von Jan Wyrozemski und Alfred Bönisch sowie von Lew Mendelson.

Der Erfolg dieser Konferenz veranlasste die Akademien, in bestimmten Abständen solche Veranstaltungen durchzuführen. Zu ihrer Vorbereitung und zu regelmäßigem Gedanken- und Erfahrungsaustausch wurde eine sogenannte multilaterale Problemkommission gebildet, die unter gemeinsamer Leitung von Stefan Heretik (Bratislava) und Herbert Meißner (Berlin) jährlich jeweils in einem anderen sozialistischen Land zusammenkam. Im Rahmen ihrer Tätigkeit hat diese Kommission in enger Zusammenarbeit mit der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften die nächste internationale Konferenz vorbereitet, die vom 05. – 12. Mai 1964 in Sofia stattfand.⁸⁰ Behandelt wurden Regulierungstheorien, Wachstumstheorie, Integrationstheorie, Geldtheorie, Preistheorie, Prognosetheorie u. ä. Wiederum nahmen auch Fachkollegen aus England, Frankreich, Westdeutschland, Norwegen und Griechenland teil. Politisch bemerkenswert war, dass nach einigen Jahren erstmals wieder

77 Vgl. Hermann Turley, Internationale Arbeitsberatung zu Fragen der marxistischen Kritik der modernen bürgerlichen ökonomischen Theorie, in: Wirtschaftswissenschaft Berlin, Nr. 1/1960

78 Herbert Meißner, Konferenz über „Neue Erscheinungen in der bürgerlichen politischen Ökonomie“, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin Nr. 3/1961 S. 430 ff.

79 Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, 2 Halbbände, Berlin 1961; russisch Erster Halbband, Moskau 1962, Zweiter Halbband, Moskau 1963

80 Probleme der modernen bürgerlichen Ökonomie, in: Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, herausgegeben von der Leitung des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der DAdW zu Berlin, 1965, Nr. 41/42/43/44

jugoslawische Wissenschaftler von der Universität Belgrad teilnahmen und von da an regelmäßig mitarbeiteten.

Zwei Jahre danach fand vom 10.–14. Oktober 1966 in Smolenice bei Bratislava die nächste internationale Konferenz über nichtmarxistische Ökonomie statt. Entsprechend dem Konferenztitel „Probleme der nichtmarxistischen Ökonomie“ lautete das erste von fünf Konferenzthemen: „Gegenstand und Methode der nichtmarxistischen Ökonomie“. Diese Begriffsbildung und Fragestellung brachte zum Ausdruck, dass eine zunehmende Differenzierung Platz griff und anerkannt wurde, und dass es neben marxistischer und bürgerlicher Ökonomie auch Theoretiker und Konzeptionen gibt, die keinem von beiden streng zugeordnet werden können. Das gilt z. B. für Friedens- und Konfliktforschung, für Theorien in Entwicklungsländern u. a. Unter den 120 Teilnehmern der Konferenz waren auch wieder Fachkollegen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Es kann hier natürlich keine komplette Darstellung aller internationaler Tagungen und Konferenzen erfolgen, die von Theoriehistorikern veranstaltet oder mitgestaltet wurden. Auf die Adam-Smith-Konferenz 1975 im Halle wurde bereits eingegangen. Dazu gehört auch, dass 1976 in Glasgow und Edinburgh Tagungen und Fachdiskussionen zu Adam Smith stattfanden, an denen Peter Thal und Herbert Meißner teilnahmen. Die Wissenschaftspolitik orientierte in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend auf interdisziplinäre Zusammenarbeit, um daraus zusätzlichen Erkenntnisgewinn zu erzielen. Auch Theoriehistoriker nahmen an dieser Entwicklung teil. Es wurden Beiträge geleistet im Rahmen der multilateralen Problemkommission der Philosophen (Konferenzen in Prag 1967, in Dresden 1971), auf einem internationalen Kolloquium der Historiker 1973, auf einer Tagung der August-Bebel-Gesellschaft 1967 in Köln, auf einer Tagung der AdW der ČSSR 1968 in Prag, auf einer interinstitutionellen Konferenz über Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden im Januar 1983 in Westberlin usw. Hervorhebenswert sind auch Teilnahme am und Beiträge für den 10. Weltkongress der International Political Science Association vom 16.–22. August 1976 in Edinburgh, den 11. Weltkongress der gleichen Weltorganisation vom 12.–18. August 1979 in Moskau und ihren 12. Weltkongress vom 09.–14. August 1982 in Rio de Janeiro.

Diese interdisziplinären Aktivitäten führten auch zu gemeinsamen Publikationen von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern, die von einem Wis-

senschaftshistoriker und einem Chemiker initiiert und herausgegeben wurden.⁸¹

Es war ein Verdienst der beiden Herausgeber, dass sich an der Behandlung solch weltpolitisch brisanter Themen wie wissenschaftliche Verantwortung für Frieden und Abrüstung neben solch namhaften Gesellschaftswissenschaftlern wie Jürgen Kuczynski auch international renommierte Naturwissenschaftler wie Max Steenbeck, Hermann Klare, Werner Scheler, Helmut Kraatz, Friedrich Jung und andere beteiligten. Dazu gehört auch, dass etliche DDR Ökonomen mit Fachkollegen in Westberlin und in der BRD Arbeitskontakte unterhielten, gemeinsam an wissenschaftlichen Beratungen und Konferenzen teilnahmen und Studienaufenthalte in Bremen, Hamburg, Kiel, München und Frankfurt/Main absolvierten. Es gab viele interessante Begegnungen (z. B. mit Herbert Giersch, Fritz Baade, Joan Robinson u. a.), bei denen das in der DDR erreichte wissenschaftliche Niveau durchaus – gemäß dem heutigen Sprachgebrauch – „auf gleicher Augenhöhe“ respektiert wurde. Als z. B. der leitende Mitarbeiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften Alfred Bönisch bei einer Studienreise in der Schweiz ein Fachgespräch mit dem international renommierten Gottfried Bombach führte, zeigte sich dieser höchst überrascht davon, wie viel besser die ostdeutschen Ökonomen die Wirtschaftstheorien des Westens kennen als umgekehrt. Gute Arbeitskontakte gab es auch mit maßgeblichen Vertretern der Memorandum-Gruppe wie Jörg Huffschmidt, Herbert Schui und Rudolf Hickel. Von einigen Theorienkritikern wurden auch Probleme der Friedensforschung bearbeitet, wobei es gute Kontakte zum SIPRI in Stockholm gab.

An dieser Stelle sei auch ein kleiner Exkurs erlaubt. Nach dem Fred Oelßner 1958 infolge seiner distanzierten Haltung gegenüber dem Führungsstil Walter Ulbrichts seine Mitgliedschaft im Politbüro der SED und als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR verlor, wurde er als Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, deren Ordentliches Mitglied er war, berufen. Dies war zugleich verbunden mit der Abberufung von Gunther Kohlmeier von dieser Position, dem Inkonsequenz in den Auseinandersetzungen mit Fritz Behrens und Arne Benary vorgeworfen wurde. Fred Oelßners tiefem Verständnis von Wissenschaft, seinem kollegialen Führungsstil und seinen vielschichtigen Erfahrungen im

81 Abrüstung – Wissenschaft – Verantwortung, Hrsg. Herbert Meißner und Karlheinz Lohs, Berlin 1978; Wissenschaft und Frieden, Hrsg. Herbert Meißner und Karlheinz Lohs, Berlin 1982; Frieden ohne Alternative, Hrsg. Herbert Meißner und Karlheinz Lohs, Berlin 1985

Umgang mit der Macht hat das Institut sehr viel zu verdanken. Das Forschungsgebiet Geschichte der politischen Ökonomie erfuhr dabei seine stete Aufmerksamkeit und Förderung. Dabei unterstützte er auch wissenschaftliche Interessen, die auf dem Boden der Theoriengeschichte erwachsen, dann aber über dieses Gebiet hinaustrieben und sich verselbständigten. Kurt Braunreuther, der an der Humboldt Universität Berlin die Geschichte der politischen Ökonomie vertrat, begann Anfang der 60ziger Jahre mit soziologischer Forschung. Die Wissenschaftspolitik betrachtete die Soziologie mit beträchtlichem Misstrauen. Aber die Zeit war dafür reif, und auch anderen Ortes profilierten sich soziologische Forschungen. An der Martin-Luther-Universität Halle ging Rudhard Stollberg von der ökonomischen Theoriengeschichte zur Soziologie über. Am Akademieinstitut war Helmut Steiner in der Abteilung Geschichte der politischen Ökonomie tätig und bereitete sich dabei ebenfalls auf die soziologische Forschungsarbeit vor. So konnte 1963 auf Initiative von Kurt Braunreuther und unter seiner Leitung, aber mit unverzichtbarer Unterstützung von Fred Oelßner, eine Arbeitsgruppe Soziologie gegründet werden. Damit ging Helmut Steiner von der Theoriengeschichte in die Soziologie und ein Jahr später folgte auch Manfred Löttsch, der bis dahin an der Humboldt Universität Berlin auf dem Gebiet der Geschichte der Politischen Ökonomie tätig war und promovierte. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine selbständige soziologische Forschung in der DDR, die also von Kurt Braunreuther bis Rudhard Stollberg, von Helmut Steiner bis Manfred Löttsch theoretisch wie personell aus dem Nährboden der ökonomischen Theoriengeschichte herausgewachsen ist.

All diese im Fachbereich Geschichte der politischen Ökonomie angesiedelten nationalen und internationalen, disziplinären und interdisziplinären Aktivitäten waren nur möglich, weil sie von den wissenschaftsleitenden Gremien der DDR nicht nur zugelassen, sondern auch gefördert wurden. Von der Leitung der Akademie der Wissenschaften unter ihren Präsidenten Hermann Klare und Werner Scheler bis zur Abteilung Wissenschaften im ZK der SED unter Hannes Hörnig und Gregor Schirmer wurde mit vollem Verständnis für die wissenschaftlichen Belange auch dieses bescheidenen Fachgebietes in das Dickicht ideologischer Verhärtungen manche Schneise geschlagen. Natürlich gab es bei aktuellen politischen Fragen Schranken, die aus eigener Überzeugung oder aus Staatsräson zu respektieren waren. Aber es gab doch oft auch Spielraum, dessen Nutzung geduldet wurde und wissenschaftlicher Vernunft zugute kam. Der zusammenfassenden Feststellung von Gregor Schirmer ist voll zuzustimmen: „In den Gesellschaftswissenschaften der DDR gab es ge-

wiss viel Apologetik, Fehltrite und Mittelmaß. Es gab aber auch gute und hervorragende Leistungen. Es war keineswegs so, dass der Parteiapparat nur für die negative Seite der Bilanz haftbar zu machen ist und die positive Seite nur trotzdem und gegen den Apparat erreicht wurde. Den Parteiapparat auf eine Bevormundungs- und Unterdrückungsfunktion gegenüber den Gesellschaftswissenschaften zu reduzieren, ist schlicht falsch!⁸²

Auch diese Feststellungen gehören zur Korrektur jener Verzerrungen, von denen schon die Rede war. Dabei soll nicht ignoriert werden, dass es außer den bereits genannten politisch- ideologischen Hemmnissen für die Entfaltung wissenschaftlicher Arbeit noch zwei weitere Aspekte gibt. Das war zum Ersten die zunehmend straffer gehandhabte Wissenschaftsplanung. Das ging z. T. so weit, dass beim Planungsansatz und der erforderlichen Ressourcenerbereitstellung möglichst schon das zu erreichende Ergebnis benannt werden sollte. Damit wurden dem Aufwerfen neuer Fragen und der Suche nach neuen Erkenntnissen enge Grenzen gesetzt. Zum Zweiten wurden bei Wissenschaftlern, die für die Teilnahme an der internationalen Forschungskooperation mit entsprechenden Reisepässen ausgestattet wurden, Maßstäbe angelegt, die nicht vorrangig wissenschaftlichen Kriterien folgten. Hier wurden Einschränkungen wirksam, die neben Devisenknappheit vor allem politischer Engherzigkeit und einem überzogenen Sicherheitsbedürfnis geschuldet waren.

Der Vollständigkeit halber darf angemerkt werden, dass Wissenschaftler dieses Fachgebietes auch mit wissenschaftspolitischer Verantwortung betraut wurden. Rolf Sieber war Rektor der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und später der erste Botschafter der DDR in den USA. Peter Thal war langjähriger Prorektor der Universität Halle. Herbert Meißner war Stellvertreter des Generalsekretärs der Akademie der Wissenschaften und Mitglied des Exekutivrates der Weltföderation der Wissenschaftler. Natürlich war dies in erster Linie den allgemeinen Fähigkeiten und Eigenschaften der jeweiligen Person geschuldet. Aber die in der wissenschaftlichen Arbeit erworbene Schärfe des theoretischen Denkens, der Blick für historische Zusammenhänge und die Fähigkeit zu gesellschaftspolitischer Gesamtschau hatten sicher dabei ihren Anteil. Umgekehrt konnte von solchen Positionen aus auch mancher zusätzliche Freiraum für die Forschung erschlossen werden.

Wie Konflikte mit Forderungen der Führung ausgehalten und ausgefochten werden konnten, sei noch an einem konkreten Fall demonstriert. Seit An-

82 Gregor Schirmer, Gesellschaftswissenschaften in der DDR, in: Reformzeiten und Wissenschaft, Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, Akademische Verlagsanstalt 2005, Seite 157

fang der siebziger Jahre wurde „von oben“ gedrängt, sich nicht nur mit der Entwicklung kapitalistischer Theorien zu befassen, sondern auch die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus zu untersuchen und darzustellen. Demgegenüber hatten die Theoriehistoriker große Vorbehalte, und es wurden zwei Argumente entgegengehalten. Erstens gab es in der Sowjetunion, in der die sozialistische Ökonomie – wie immer man dies heute definieren mag – entwickelt wurde, noch keine Darstellung der Politökonomie des Sozialismus. Es konnte nicht Aufgabe von DDR-Ökonomen sein, gewissermaßen als Juniorpartner der sowjetischen Kollegen ihre theoretische Arbeit zu bewerten. Zweitens konnte darauf verwiesen werden, dass die Entwicklung sozialistischer ökonomischer Theorie in der DDR nicht in der Akademie oder im Hochschulwesen vor sich ging, sondern in direkt der Parteiführung unterstellten Einrichtungen wie dem Institut für sozialistische Wirtschaftsführung in Rahnsdorf und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Die Oberhoheit dafür lag bei dem Mitglied des Politbüros Günter Mittag. In diesem Zusammenhang ging es nicht nur darum, dass sich die Theoriehistoriker nicht anmaßen konnten und wollten, die Arbeiten dieser Institute zu beurteilen. Es fehlten auch die für ein solches Vorhaben unabdingbar erforderlichen Fachkenntnisse, Detailinformationen und der Zugang zu internen Materialien.

Beide Argumentationslinien waren politisch gewichtig und wurden im wesentlichen akzeptiert. Dennoch gab es weitere Wünsche – natürlich nicht aus der Richtung Günter Mittag, sondern über die Schiene Kurt Hager. Um dem entgegen zu kommen, wurden am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR von Herbert Meißner und Gertraud Wittenburg fünfzehn sowjetische Arbeiten zur Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus aus verschiedenen Jahrzehnten ausgewählt, übersetzt und 1975 als Sammelband veröffentlicht. Mit diesen Argumenten und auf diesem Ausweichpfad konnten sich die Theoriehistoriker davor bewahren, sich in eine Aufgabenstellung hineindrängen zu lassen, die mit großer Gewissheit zu vielseitigen Konflikten geführt hätte.

6. Schlussbemerkungen

Die Untersuchung von Wissenschaftsentwicklungen in der DDR wurde bisher stark vernachlässigt, was auch Clemens Burrichter, Rolf Löther u. a. bereits mehrfach bedauerten. Das hat sicher drei Ursachen. Erstens bestand im ersten Dezennium nach der Liquidierung der DDR das vorrangige Interesse bundesdeutscher Publizistik darin, die DDR zu verteufeln, zu delegitimieren

und zu denunzieren. Da war dort kein Platz für seriöse Analyse. Zweitens befanden sich viele wissenschaftliche Institutionen in den Neuen Bundesländern in der Abwicklung oder im Umbau und viele Fachkollegen standen im Existenzkampf mit ganz anderen als theoriegeschichtlichen Prioritäten. Drittens gibt es heute in der bundesdeutschen Wirtschaftswissenschaft wenig Interesse an ernsthafter langfristiger historischer Sicht, an wissenschaftsgeschichtlicher Untersuchung. Es besteht also Nachholbedarf, zu dem diese Studie ein Beitrag sein soll.

Wirft man vergleichsweise einen kurzen Blick auf die Gegenwart, so zeigen sich einige Besonderheiten. So ist auffällig, dass das Fach „Geschichte der ökonomischen Lehren“ aus den Lehrplänen der Universitäten und Hochschulen fast völlig verschwunden ist. Lediglich im Vorlesungsverzeichnis der Universität Mainz ist „Geschichte der Soziologie“ enthalten, an der Universität Bonn werden einige Denkrichtungen gelehrt (z. B. Neokeynesianismus, Welfare Economics, Wachstumstheorie) und an der Freien Universität Berlin und der Universität Bremen wird über Marx'sche Ökonomie gelesen. Ansonsten sind die Lehrpläne für Volkswirtschaftslehre voller Veranstaltungen über mathematische Modelle, Ökonometrie, Gleichgewichtstheorie, Wachstumsmodelle u. ä. m.

Die Ausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern ist orientiert auf eine Tätigkeit im mittleren oder gehobenen Management oder in der wissenschaftspolitischen Verwaltungsbürokratie.

Wissenschaftsgeschichtlicher Überblick, gesellschaftspolitische Weitsicht und historisches Denken werden als dafür nicht erforderlich vernachlässigt. Das hängt auch damit zusammen, dass sich der Staat mit all seinen Gliedern mittels Privatisierungen aus der volkswirtschaftlichen Verantwortung zurückzieht und dass wirtschaftspolitische Entscheidungen vorrangig unter dem Gesichtspunkt betriebswirtschaftlicher Rentabilität und unter Liquiditätsaspekten getroffen werden. Dem alten Neoliberalismus eines Ludwig Erhard, Müller-Armack oder Wilhelm Röpke lag ein theoretisches Gerüst zugrunde. Der spätere Neokeynesianismus hatte die großangelegte volkswirtschaftliche Gleichgewichtstheorie von Keynes als Grundlage. Selbst die im Unterschied dazu angebotsorientierte Konzeption von Milton Friedman und seinen Nachfolgern beruhte auf einer volkswirtschaftlichen Gesamtschau – wie immer man dies alles auch beurteilt. Der heutigen Wirtschaftspolitik dagegen liegen in der Regel nur noch betriebswirtschaftliche Berechnungen zugrunde, die oft genug volkswirtschaftlich kontraproduktiv sind. Christa Luft stellt zu Recht fest: „Innovative Unternehmer und risikofreudige Kapitalgeber

in einem sich zurücknehmenden möglichst abstinenter Staat – so sieht das Ideal des modernen Ökonomen aus.⁸³ Soweit Rückgriffe auf makroökonomische Theorie erfolgen, beziehen sie sich auf die Angebotsökonomie, für die sich der Begriff Neoliberalismus eingebürgert hat. Diese neoliberale Wirtschaftspolitik, die besonders nach 1990 mit rigoroser Rücksichtslosigkeit durchgesetzt wurde, hat zum heutigen Zustand bundesdeutscher Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Interessant ist wiederum, dass bereits 1983 diese angebotsorientierte Wirtschaftspolitik von DDR-Ökonomen auf vier Grundelemente zurückgeführt wurde: „Regulierung des Geldmengenangebots, Beseitigung der vorgeblich innovations- und investitions-hemmenden staatlichen Eingriffe, profitstimulierende Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen vor allem im Sozialbereich“.⁸⁴ Die Übereinstimmung dieser Einschätzung in jedem einzelnen Punkt mit der heutigen Realität ist unübersehbar.

Wenn zudem heute in der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung keine zusammenhängende Volkswirtschaftslehre mehr vermittelt wird, wenn wirtschaftspolitische Konzepte nur noch auf betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien beruhen, wenn der Staat infolge seiner Privatisierungspolitik und damit Preisgabe wirksamen wirtschaftspolitischen Einflusses keiner volkswirtschaftlichen Beratung mehr bedarf, wenn durch Verstärkung des Föderalismus wirtschaftliche Entscheidungen in den Ländern in zunehmend unterschiedlicher und z. T. widersprüchlicher Weise getroffen werden, wenn die in der Wirtschaft tätigen Entscheidungsträger sich auf keine gesamtwirtschaftliche Theorie stützen und sich damit Volkswirtschaftslehre, ökonomische Theorie oder Nationalökonomie überflüssig macht, so führt dies zu der Frage zurück, ob das alles nicht doch letztlich Erscheinungsformen eines Krisenzustandes der bürgerlichen Ökonomie, des bürgerlichen ökonomischen Denkens sind. Wohlgermerkt: Krisenzustand nicht des Wirtschaftsystems, dessen Analyse und Bewertung hier nicht Gegenstand sind, sondern Krise jenes theoretischen Denkens, welches seit zweieinhalb Jahrhunderten die Funktionsweise des Systems untersucht, beschreibt und der volkswirtschaftlichen Entscheidungsfindung dient oder dienen soll. Der Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam Prof. Dr. Martin Sabrow hat in seinem Interview im ND vom 20./21. Mai 2006 (S. 24) einige bemerkenswerte Gedanken formuliert. Z. B.: „Aber erst eine international und transnational an-

83 Christa Luft, *Wendeland – Fakten und Legenden*, Berlin, 2005, S. 189

84 Klaus O. W. Müller, *Theoretische Aspekte der Auseinandersetzung mit einigen neuen Entwicklungstendenzen in der bürgerlichen politischen Ökonomie*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1983 Nr. 8, S. 1185

gelegte Forschung, die den Vergleich betreibt, nach Korrespondenzen und Transfers fragt, Parallelen herausarbeitet und Gegensätze markiert, erfasst einen Gegenstand wie die DDR in der Tiefe.“ Genau darum war die vorliegende Studie bemüht. Und die Einordnung dieser Diskussionen um die DDR-Geschichte hält er für den Beginn des Übergangs der „unterschiedlichen DDR-Bilder“ vom „kollektiven in das kulturelle Gedächtnis.“ Genau für diese Aufbewahrung im kulturellen Gedächtnis sind Arbeiten wie die vorstehende gedacht und möglicher Weise nützlich.